

# PRIF REPORT

PEACE RESEARCH INSTITUTE FRANKFURT / LEIBNIZ-INSTITUT HESSISCHE STIFTUNG FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG

EVA HERSCHINGER // KEMAL BOZAY //  
OLIVER DECKER // MAGDALENA VON  
DRACHENFELS // CHRISTIAN JOPPKE  
(MIT KLARA SINHA)

**RADIKALISIERUNG DER GESELLSCHAFT?  
FORSCHUNGSPERSPEKTIVEN UND  
HANDLUNGSOPTIONEN**



REPORT-REIHE

**GESELLSCHAFT EXTREM**



PRIF Report 8/2018

## **RADIKALISIERUNG DER GESELLSCHAFT? FORSCHUNGSPERSPEKTIVEN UND HANDLUNGSOPTIONEN**

EVA HERSCHINGER // KEMAL BOZAY // OLIVER DECKER  
// MAGDALENA VON DRACHENFELS //  
CHRISTIAN JOPPKE (MIT KLARA SINHA)



LEIBNIZ-INSTITUT HESSISCHE STIFTUNG FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG (HSFK)  
PEACE RESEARCH INSTITUTE FRANKFURT (PRIF)

**Coverbild:**

HoGeSa Demonstration in Köln, 25.10.2015

© picture alliance/Geisler-Fotopress

**Textlizenz:**

Creative Commons CC-BY-ND 4.0 (Namensnennung/Keine Bearbeitungen/4.0 International).

Das Coverbild unterliegt eigenen Lizenzbedingungen.



**Adresse:**

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Baseler Straße 27–31

60329 Frankfurt am Main

Telefon: +49 69 95 91 04-0

E-Mail: [gesellschaft.extrem@hsfk.de](mailto:gesellschaft.extrem@hsfk.de)

<https://www.hsfk.de>

**ISBN: 978-3-946459-36-1**

## DAS AUTORENTEAM

*Dr. habil. Eva Herschinger* ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Programmbereich „Transnationale Akteure“ der HSK und im Projekt „Gesellschaft Extrem: Radikalisierung und Deradikalisierung in Deutschland“. In ihrer Forschung konzentriert sie sich derzeit auf Terrorismus und Radikalisierung, Kritische Sicherheitsstudien und Diskursforschung.

*Prof. Dr. Kemal Bozay* ist Professor für Sozialwissenschaften und Soziale Arbeit an der IUBH Internationale Hochschule in Düsseldorf. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen Migration, Rechtsextremismus, Ungleichwertigkeitsideologien und Radikalisierung.

*PD Dr. phil. Oliver Decker* ist Soziologe und Sozialpsychologe und ist Direktor des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig. Zusammen mit Elmar Brähler führt er seit 2002 die Leipziger Langzeituntersuchung zur autoritären und rechtsextremen Einstellung in Deutschland durch.

*Magdalena von Drachenfels* ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Programmbereich „Transnationale Akteure“ der HSK und im Projekt „Gesellschaft Extrem: Radikalisierung und Deradikalisierung in Deutschland“. Ihre Forschungsfelder umfassen Migration und Flucht sowie emanzipatorische Bewegungen im Hinblick auf Gender und gesellschaftliche Vielfalt, aber auch Gewaltkonflikte und Radikalisierungen.

*Prof. Dr. Christian Joppke* ist Professor für Soziologie an der Universität Bern. Er ist außerdem Mitglied des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR).

*Klara Sinha* ist studentische Hilfskraft im Projekt „Gesellschaft Extrem: Radikalisierung und Deradikalisierung in Deutschland“ an der HSK und studiert Friedens- und Konfliktforschung an der Goethe-Universität Frankfurt/M. (MA). Ihr Interessensgebiet deckt insbesondere die Felder Rechtsextremismus, Rassismus und Gender ab sowie Forschung zu kritischer sozialen Epistemologie und emanzipativer Praxis.

## **HSFK-REPORTREIHE „GESELLSCHAFT EXTREM“**

Die sieben Beiträge dieser HSFK-Reportreihe bieten eine Bestandsaufnahme des Forschungsstands zu Radikalisierung und Deradikalisierung. Folgende zentrale Dimensionen werden dabei beleuchtet: Radikalisierungsprozesse von Individuen und von Gruppen, Radikalisierungstendenzen von Gesellschaften, Herausforderungen in der Deradikalisierungsarbeit, der Stellenwert von Online-Radikalisierung sowie Ansätze und Kontroversen bei der Evaluierung von Präventionsmaßnahmen.

Die Zusammenführung eines bislang eher fragmentarisch vorhandenen Wissensstandes ist auch deshalb wichtig, weil liberale Demokratien einmal mehr durch Extremismen – gleich ob politisch oder religiös begründet – herausgefordert sind. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die plurale Verfasstheit einer Gesellschaft infrage gestellt wird und dabei von einigen auch antidemokratische Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele genutzt werden, bis hin zur Anwendung von Gewalt. Extreme politische Ansichten haben Konjunktur. In Deutschland radikalisierten sich Positionen auf der rechten und linken Seite des politischen Spektrums sowie im Kontext religiösen Sektierertums. Um der Entwicklung zu einer „Gesellschaft der Extreme“ vorzubeugen, liberale Werte und Institutionen zu stärken und die Ambivalenz von Radikalität zwischen gesellschaftlicher Herausforderung und Chance zu ergründen, müssen die Mechanismen individueller und kollektiver Radikalisierung verstanden werden – und zwar vergleichend über aktuelle Konjunkturen der Aufmerksamkeit für Islamismus oder salafistischen Dschihadismus hinaus.

Die Beiträge dieser Serie eint ein breites Verständnis von Radikalisierung, das den Ambivalenzen der Geschichte dieses umstrittenen Begriffs gerecht wird. Gleichwohl setzt jeder Report eigene, dem jeweiligen Thema angepasste Akzente in der Begriffsverwendung. Es ist genau dieser Pluralismus, den die Radikalisierungsforschung so dringend benötigt. Denn nur dann kann sie umfassend auf gesellschafts- wie sicherheitspolitisch virulente Fragen mögliche Erklärungen liefern und Handlungsoptionen generieren. Alle Reports eint zudem die Empfehlung, noch stärker als bisher eine umfassende Präventionsagenda umzusetzen.

Die Autorentteams der einzelnen Reports sind gegenstandsangemessen interdisziplinär und heterogen hinsichtlich ihrer eher wissenschaftlichen oder eher praxisbezogenen Expertise zusammengesetzt. Die Autorinnen und Autoren sind Teil eines vom Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) koordinierten Forschungsnetzwerks „Gesellschaft Extrem: Radikalisierung und Deradikalisierung in Deutschland“, welches vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird. Weitere Informationen zu dem Projekt sowie Hinweise zu weiteren Publikationen und zu Informationsfilmen finden sich unter: [www.gesellschaftextrem.hsfk.de](http://www.gesellschaftextrem.hsfk.de).

### *Die Projektleitung*

Prof. Dr. Christopher Daase

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff

Dr. Julian Junk

## **IN DER HSFK-REPORTREIHE „GESELLSCHAFT EXTREM“ SIND ERSCHIENEN:**

PRIF Report 5/2018

### **Was ist Radikalisierung? Präzisierungen eines umstrittenen Begriffs**

*Hande Abay Gaspar // Christopher Daase // Nicole Deitelhoff // Julian Junk // Manjana Sold*

PRIF Report 6/2018

### **Radikalisierung von Individuen: Ein Überblick über mögliche Erklärungsansätze**

*Fabian Srowig // Viktoria Roth // Daniela Pisoiu // Katharina Seewald // Andreas Zick*

PRIF Report 7/2018

### **Brückennarrative: Verbindende Elemente für die Radikalisierung von Gruppen**

*David Meiering // Aziz Dziri // Naika Foroutan (mit Simon Teune // Esther Lehnert // Marwan Abou-Taam)*

PRIF Report 8/2018

### **Radikalisierung der Gesellschaft? Forschungsperspektiven und Handlungsoptionen**

*Eva Herschinger // Kemal Bozay // Oliver Decker // Magdalena von Drachenfels // Christian Joppke  
(mit Klara Sinha)*

PRIF Report 9/2018

### **Herausforderung Deradikalisierung: Einsichten aus Wissenschaft und Praxis**

*Till Baaken // Reiner Becker // Tore Bjørgo // Michael Kiefer // Judy Korn // Thomas Mücke // Maximilian Ruf // Dennis Walkenhorst*

PRIF Report 10/2018

### **Die Rolle des Internets und sozialer Medien für Radikalisierung und Deradikalisierung**

*Peter Neumann // Charlie Winter // Alexander Meleagrou-Hitchens // Magnus Ranstorp // Lorenzo Vidino*

PRIF Report 11/2018

### **Evaluation in der Radikalisierungsprävention: Ansätze und Kontroversen**

*Andreas Armbrorst // Janusz Biene // Marc Coester // Frank Greuel // Björn Milbradt // Inga Nehlsen*





In der internationalen wie nationalen Radikalisierungsforschung dominiert ein Fokus auf die individuelle und Kleingruppen-Ebene. Die Gesellschaft bringen viele dieser Arbeiten vorrangig als soziales Umfeld oder Umwelt ein, deren Strukturen die Handlungen und Einstellungen von radikalisierten oder sich radikalisierenden Individuen und Gruppen beeinflussen. Seltener sind jedoch die Studien, deren Interesse unmittelbar auf die gesellschaftliche Ebene gerichtet ist. Denn nicht nur Einzelne oder Gruppen können sich radikalieren – auch eine Gesellschaft kann sich radikalieren. Das geschieht etwa, wenn die Legitimität des politischen Systems in Frage gestellt wird und eine Abkehr von herrschenden sozialen Normen im politischen Umgang, insbesondere eine Abkehr der Ablehnung von politischer Gewalt, stattfindet. Aus diesem Grund sollte die Rolle der Gesellschaft im Radikalisierungsprozess konsequent analysiert werden.

Der Report gliedert sich in zwei Teile: Konzeptualisierung (Was bedeutet Radikalisierung der Gesellschaft?) und begünstigende Faktoren einer Radikalisierung. Anhand von Studien aus der Radikalisierungsforschung erarbeitet der Report zunächst, wie die gesellschaftliche Ebene im Rahmen von Radikalisierungsprozessen konzeptualisiert wird. Es zeigt sich, dass in diesen Arbeiten Gesellschaft als „Umwelt“, aber nicht als Untersuchungsobjekt gilt. Für eine Konzeptualisierung muss daher auf Studien jenseits der unmittelbaren Radikalisierungsforschung zugegriffen werden. Ein lohnenswertes Feld hierfür ist die historische (Wahl-)Forschung, die sich mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus in der Weimarer Republik beschäftigt, da in dieser Forschung von zunehmenden extremistischen Einstellungen einer breiten gesellschaftlichen Schicht mit gesamtgesellschaftlichen Folgen die Rede ist. Zum Teil in Rückgriff auf die historische (Wahl-)Forschung diskutieren zeitgenössische Analysen die Relevanz des „Extremismus der Mitte“ (Lipset) für Deutschland. Eine These in dieser Diskussion besagt, dass politische Polarisierung Radikalisierung begünstigt. Polarisierung charakterisiert das Verhältnis verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, Milieus und Schichten zueinander und ihr Umgang miteinander. Sie begünstigt Radikalisierung, da in politisch polarisierten Situationen „eine breite zivilgesellschaftliche Gruppe auf extremistische, populistische und fundamentalistische Milieus“ (Zick/Böckler 2015: 6) trifft und durch dieses Zusammentreffen eine wachsende Offenheit für repressive, anti-plurale und diskriminierende Einstellungen und Handlungen entstehen kann. Ferner ist sie gerade auf empirischer Ebene hilfreich, da polarisierte Situationen Prozesse der Radikalisierung anzeigen können.

Die Aufarbeitung des Forschungsstandes zu Rechts- und Linksextremismus sowie Islamismus zeigt einerseits eine umfangreiche und für die Analyse der Gesellschaft instruktive Literatur im Bereich des Rechtsextremismus (u.a. die sogenannten „Mitte-Studien“). Andererseits sind derartige Studien für Islamismus und Linksextremismus nicht oder kaum vorhanden. Hier identifiziert der Report Forschungsbedarf, der mittels einer vergleichenden Forschung von Radikalisierungsprozessen angegangen werden sollte (dies ist auch eine der Handlungsoptionen des Reports).

Zweitens weitet der Report seinen Blick um Faktoren jenseits der Radikalisierungsforschung, d. h. um Faktoren, die eine Radikalisierung der Gesellschaft bewirken. Das sind Faktoren, die eine Gesellschaft politisch polarisieren, sodass extremistische Individuen, Gruppen, Milieus und Schichten einer breiteren zivilgesellschaftlichen Gruppe feindlich gegenüberstehen. Dies spaltet eine Gesellschaft und gefährdet soziale Kohäsion. Die im Report behandelten Faktoren, die eine gesellschaftliche Ra-

dikalisierung begünstigen können, sind: die (problematische) Entwicklung von Parteipolitik, der öffentlichen Meinung und des politischen und medialen Diskurses, aber auch das Verhältnis von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Minderheiten, der Umgang mit Widerstand sowie die Zunahme von Gewalt bzw. deren Akzeptanz. Im Einzelnen zeigt sich, dass Populismus und politische Polarisierung zwar zu einer Radikalisierung des Parteidiskurses innerhalb der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) geführt hat, die Reichweite dieser endogenen Radikalisierung jedoch begrenzt ist. Weiterhin polarisieren der in Deutschland zunehmend konfrontative Umgang mit Migration und Islam sowie der Antisemitismus die Bevölkerung. Studien zeigen, dass die Feindlichkeit rechtspopulistischer und rechtsextremer Gruppen gegenüber Migrantinnen und Migranten gerade seit 2015 in der Mitte der deutschen Bevölkerung ein Echo gefunden hat.

Faktoren wie der Antisemitismus sind vor allem aus einer vergleichenden Perspektive für die Analyse der Radikalisierung von Gesellschaft instruktiv. Die Forschung zeigt einerseits auf, dass sowohl politische als auch religiöse Extremismen antisemitische Einstellungen vorweisen; andererseits ist Antisemitismus auch in der Gesamtbevölkerung verbreitet. Daneben zeichnet sich eine Re-Ethnisierung/ Re-Nationalisierung von Einwanderercommunities ab. Mit Blick auf Letztere wird diskutiert (und bejaht), ob eine spezifisch migrantische Form von Nationalismus und Rassismus existiert. Auch diese fördert eine Offenheit für repressive, anti-plurale und demokratiefeindliche Einstellungen, da der „ethnische Nationalismus“ ähnlich wie der Rechtsextremismus von der Ungleichwertigkeit der Menschen ausgeht.

Im Ergebnis zeigt die Aufarbeitung des Forschungsstandes, dass gesellschaftspolitisch relevante Veränderungen – wie extremistische Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft, der Aufstieg der AfD und die Zunahme des Populismus, ein problematischer Umgang mit Migration, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus und ausgrenzende Konstruktionen deutscher Identität – polarisieren. Politische Polarisierung befördert eine Radikalisierung der Gesellschaft und führt zu nachlassender gesellschaftlicher Kohäsion, weil Polarisierung die feindliche Gegenüberstellung von extremistischen Individuen, Gruppen, Milieus oder Schichten mit Vertreterinnen und Vertretern nicht radikalisierten Positionen bedeutet. Problematisch ist dies, da radikale Einstellungen nicht nur den herrschenden Normen den Rücken kehren und eine Normverschiebung hin zu weniger Offenheit, Diversität und Pluralität in einer Gesellschaft bewirken. Es steigt dadurch auch die Bereitschaft zur Gewaltanwendung. In dieser Infragestellung der Legitimität der herrschenden Ordnung liegt die gesamtgesellschaftliche Radikalisierungswirkung von radikalisierten Individuen, Gruppen, Milieus oder Schichten.

Angesichts dessen formuliert dieser Report die Notwendigkeit, gesellschaftliche Resilienz vor allem durch politische und transkulturelle Bildungsarbeit zu stärken. Sie bietet die Chance, polarisierenden Zuschreibungen vorzubeugen, und ermöglicht eine fundierte und kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Themen wie Zugehörigkeit, Identität und Geschichte sowie mit den verschiedenen Extremismen in Deutschland. Weiterhin fordert der Report eine Depolarisierung und Zivilisierung der öffentlichen Debatte. Dies kann durch einen Verzicht auf die strategische Übernahme von politisch polarisierenden Parolen durch die Vertreterinnen und Vertreter von demokratischen Parteien vorangetrieben sowie durch einen sensiblen Umgang mit jenen Bezeichnungen erreicht werden, die Polarisierung und Ausgrenzung befördern.

1. Einleitung	1
2. Was bedeutet Radikalisierung der Gesellschaft?	2
3. Forschungsstand	6
3.1 Islamismus und Linksextremismus	6
3.2 Rechtsextremismus	8
4. Faktoren der Radikalisierung einer Gesellschaft	13
4.1 Populismus des 21. Jahrhunderts	13
4.2 Populistische Parteien, Polarisierung und Radikalisierung	17
4.3 Migration, Islamfeindlichkeit und die Veränderung gesellschaftspolitischer Diskurse	18
4.4 Re-Nationalisierung/Re-Ethnisierung	20
4.5 Antisemitismus	21
5. Forschungsdesiderate	23
6. Handlungsoptionen	24
Literatur	25



## 1. EINLEITUNG

Radikalisierungsprozesse – gleich ob politisch oder religiös begründet – stellen Gesellschaften vor enorme Herausforderungen. Problematisch für eine demokratische Gesellschaft ist es, wenn (immer) mehr Menschen die Legitimität der herrschenden Ordnung infrage stellen, sich immer stärker von herrschenden Normen abwenden und/oder Gesellschaftsmitglieder antidemokratische Mittel, vor allem Gewalt, zur Durchsetzung ihrer Ziele nutzen (vgl. Abay Gaspar et al. 2018; Neumann 2013). Eine solche Entwicklung kann als Radikalisierung bezeichnet werden.

Zwar stehen in der Debatte nach dem „Wie“ und „Warum“ von Radikalisierung die Handlungen und Einstellungen von Individuen und Gruppen im Vordergrund, jedoch werden diese Fragen zunehmend auch für die Gesellschaft als Ganzes gestellt. Denn letztlich verweisen radikalisierte Einstellungen und (Gewalt-)Handlungen Einzelner oder von Gruppen immer auch auf den Zustand einer Gesellschaft (Zick/Küpper 2016: 83). Inzwischen gibt es Stimmen, die von Deutschland als einer „radikalisierten Gesellschaft“ (Maaßen 2016; Lantemann 2016) sprechen, während andere die Rede von einer Radikalisierung der Gesellschaft als alarmistisch, gar gefährlich zurückweisen (Backes 2013).

Die wissenschaftliche Forschung zur Radikalisierung ist interdisziplinär ausgerichtet und expandiert kontinuierlich seit dem 11. September 2001. In der Literatur ist es weitestgehend unstrittig, dass die Radikalisierung ganzer Gesellschaften potenziell möglich ist. Die Beobachtung, dass sich Milieus und Gesellschaften radikalieren, heißt nicht notwendigerweise, dass sich auch jedes Individuum radikalisiert. Vielmehr bedeutet es, dass eine wachsende Offenheit für repressive, anti-plurale und diskriminierende Werte, Strukturen oder Handlungen in einer Gesellschaft entsteht.

In der Forschung lassen sich zwei – wenn auch nicht vollkommen trennscharfe – Stränge identifizieren. Einerseits richtet die bestehende Literatur ihren Blick primär auf die individuelle und/oder Gruppen-Ebene und diskutiert die Rolle von gesellschaftlichen Strukturen vor dem Hintergrund individueller und gruppenspezifischer Radikalisierungsprozesse. Andererseits finden sich Studien, deren Forschungsinteresse vorrangig auf die gesellschaftliche Ebene gerichtet ist. Diese operieren nicht zwangsläufig mit dem Begriff „Radikalisierung“, sondern häufiger auch mit einem Extremismusbegriff. Dies gilt vor allem für die deutsche Literatur und ihre Analyse des Rechtsextremismus (bspw. Decker et al. 2013b). Nichtsdestotrotz wird in diesen Studien diskutiert, welche Faktoren eine Radikalisierung der Gesellschaft begünstigen und wie sich der Zustand der deutschen Gesellschaft angesichts der Extremismen darstellt. Es geht also darum, welche Wirkung von radikalisierten Individuen, Gruppen, Milieus und Schichten auf die Gesamtgesellschaft und ihre Entwicklung ausgehen kann. Eine These in der Diskussion besagt, dass politische Polarisierung Radikalisierung begünstigt. Polarisierung charakterisiert das Verhältnis verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, Milieus und Schichten zueinander und ihren Umgang miteinander (feindlich, abwertend, dialogisch, gleichwütig, etc.). Sie begünstigt Radikalisierung, da in politisch polarisierten Situationen „eine breite zivilgesellschaftliche Gruppe auf extremistische, populistische und fundamentalistische Milieus“ (Zick/Böckler 2015: 6) trifft und durch dieses Zusammentreffen eine wachsende Offenheit für repressive, anti-plurale und diskriminierende Einstellungen und Handlungen entstehen kann. Weiterhin wird in der Forschungsliteratur angenommen, dass Radikalisierungsprozesse im breiteren Kontext eines Legitimationsver-

lusts des jeweiligen gesellschaftspolitischen Systems stehen. Es sind diese Studien, auf die sich der vorliegende Report konzentriert. Für die Aufarbeitung des Forschungsstands zu Radikalisierung und gesellschaftlicher Ebene stehen daher folgende Fragen im Zentrum:

- Was wird unter Radikalisierung einer Gesellschaft verstanden?
- Welche Faktoren werden als begünstigend für gesellschaftliche Radikalisierung identifiziert?

Zunächst klärt Abschnitt 2, was unter Radikalisierung einer Gesellschaft in der Forschung verstanden wird. Abschnitt 3 erarbeitet den Forschungsstand mit Blick auf politische und religiöse Radikalisierung. Abschnitt 4 weitet den Blick auf die Literatur jenseits der Radikalisierungsforschung und behandelt begünstigende Faktoren für die Radikalisierung einer Gesellschaft. Die Forschungsdesiderate legt Abschnitt 5 dar. Abschließend zeigt der Report Handlungsoptionen für den deutschen Kontext auf.

## **2. WAS BEDEUTET RADIKALISIERUNG DER GESELLSCHAFT?**

In der nationalen und internationalen Forschung, die sich explizit mit Radikalisierungsprozessen beschäftigt, dominiert ein Fokus auf die individuelle und Kleingruppen-Ebene (Schmid 2013: 4; Kundnani 2012: 20). Gegen diese Konzentration haben unlängst Stefan Malthaner und Peter Waldmann (2012: 11) eingewandt, Radikalisierung sei auch das „Resultat von politischen und sozialen Prozessen“. Manche Forscherinnen und Forscher (Kjøk et al. 2003; Midlarsky 2011; Hegghammer 2013) gehen so weit, der gesellschaftlichen Ebene mindestens die gleiche Bedeutung einzuräumen wie individuellen oder Kleingruppen-Aspekten. In ihrer Forschung geht es jedoch in erster Linie darum, wie soziale, politische, ökonomische Prozesse oder Ereignisse auf Individuen und Gruppen wirken. Für die Frage nach einer Radikalisierung der Gesellschaft muss hingegen unmittelbar auf das Untersuchungsobjekt „Gesellschaft“ fokussiert werden. Es stellt sich mithin die umgekehrte Frage, also wie die Radikalisierung Einzelner, von Gruppen, Milieus oder Schichten auf die gesamte Gesellschaft wirkt, und ob sie die Radikalisierung einer ganzen Gesellschaft bewirken kann. Für eine Konzeptualisierung der „Radikalisierung einer Gesellschaft“ muss daher auch auf Studien jenseits der unmittelbaren Radikalisierungsforschung zugegriffen werden.

Ein lohnenswertes Feld ist jene historische (Wahl-)Forschung, die sich mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus in der Weimarer Republik beschäftigt (Geiger 1930; Lipset 1960; Burnham 1972; Falter 1991). Wenn auch in diesen Studien nicht die Rede von Radikalisierung ist, so doch von zunehmenden extremistischen Einstellungen einer breiten gesellschaftlichen Schicht mit gesamtgesellschaftlichen Folgen. Insbesondere Seymour Martin Lipset (1967) entwickelte die These einer engen Verzahnung von Extremismen mit gesellschaftlichen Schichten. Linke Extremisten finden sich demnach in den unteren Schichten und der Arbeiterklasse, rechte Extremisten vor allem in der Oberschicht. Die Mittelschichten sind die Heimat des Faschismus.<sup>1</sup> Lipsets Forschung erweitert die soziologischen Analysen Theodor Geigers. Dessen Arbeiten betrachten den Radikalisierungsprozess

---

1 Lipset blieb eine genaue Definition des Faschismus ebenso schuldig wie eine Abgrenzung zu Links- und Rechtsextremismus.



verschiedener gesellschaftlicher Schichten und hinterfragen, inwiefern der Aufstieg der Nationalsozialisten mit dem „alten“ und dem „neuen Mittelstand“ zusammenhing. Grund für die Wählerwanderung von den bürgerlichen Parteien zu den Nationalsozialisten, so Geiger (1930: 646), seien Abstiegsängste, die sich vor allem als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise gebildet hätten: „Die falsche Scham über den Abstieg äußert sich oft genug in Hass und Verachtung.“<sup>2</sup> Lipset (1967: 450) bezeichnet diese Wanderung als „Extremismus der Mitte“ und widerspricht damit der früheren Annahme, dass Extremisten zur Diktatur neigen, „während die Gemäßigten in der Mitte die Demokratie verteidigen“. Dabei ist die Mitte für Lipset die sozialstrukturelle Mittelschicht und keine politische Mitte.

Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre haben die Arbeiten Jürgen W. Falter (v.a. 1991) die Reichweite dieser Annahmen teilweise relativiert. Denn weniger die Schichtzugehörigkeit, vielmehr die Konfession habe, so Falter (1991: 177), wie „kein anderes Sozialmerkmal die nationalsozialistischen Wahlerfolge beeinflusst“. Während praktizierende Katholikinnen und Katholiken die Nationalsozialisten vergleichsweise selten gewählt hatten, war die nationalsozialistische Wählerschaft überwiegend evangelisch geprägt und ansonsten heterogen zusammengesetzt. 40% der Wählerschaft gehörte zwar der Mittelschicht an, „doch bildeten Arbeiter eine so bedeutsame Untergruppe, dass von einer reinen oder doch weit überwiegenden Mittelstandsbewegung nicht die Rede sein kann“ (Falter 1991: 177). Die Wählerschaft war heterogener als die These des mittelständischen Extremismus vermittelte.

Zu Beginn der 1990er Jahre erhielt die Debatte über den „Extremismus der Mitte“ eine neue Bedeutung, als eine Serie von Brandanschlägen auf Asylbewerberheime eine breitere gesellschaftspolitische Diskussion darüber auslöste, inwieweit Rechtsextremismus „aus der Mitte der Gesellschaft“ komme. Trotz vielfacher Kritik an der vorgenannten These (Jesse 2013; Backes 2013) zeigt sich darin die ungebrochene Attraktivität der Mittelschichtthesen, die bis heute in unterschiedlichsten Varianten vorgetragen und vertreten wird. Grund für die hohe Attraktivität ist die große Bedeutung der Mitte für die deutsche Gesellschaft. So wird in der „Diskussion um Modernisierung und Demokratisierung [...] der Mittelschicht eine wichtige, wenn nicht gar die zentrale Rolle zugeschrieben“ (Mau 2014: 4). Mitte wird als soziale Mitte (als Zusammenspiel von Sozialstruktur und Kultur (Mau 2014: 5)) verstanden, als eine Schicht, deren Wachstum zu positiven Effekten für die Demokratie führen kann. Sie wird aber auch als politisch-ideologische Mitte verstanden: als ein politisches System, in dem die Parteien ihren Regierungsanspruch darin begründen, die gesellschaftliche und politische Mitte zu repräsentieren (Münkler 2014: 54), und zwar auf der Einstellungsebene über die politische Selbstverortung des Einzelnen und der Wahlintention (Sonntagsfrage) (Zick/Küpper 2015: 13). Veränderungen der Mitte haben gerade für die deutsche Gesellschaft eine enorme Bedeutung. Denn ein Großteil ihrer Bürger rechnet sich sozial den mittleren Schichten zu und ihr politisches Spektrum ist ebenfalls stark auf die Mitte hin ausgerichtet.

In der einschlägigen Literatur werden Veränderungen der Mitte fast ausschließlich mit Blick auf die gesamtgesellschaftliche Relevanz des Rechtsextremismus untersucht, die Bedeutung von links-extremistischen und gewaltbereiten islamistischen Bewegungen dagegen kaum (siehe Abschnitt 3).

---

2 Die Furcht vor dem Abstieg ist auch ein Schlüsselmotiv für den Gegenwartspopulismus. Siehe dazu Abschnitt 4.1.

Es geht also um die Frage nach der radikalisierenden Wirkung auf die Gesellschaft durch rechtsextremistische Personen, Gruppen, Milieus und Schichten. Eine Erklärung für diesen Fokus kann in der Erinnerung an das Schicksal der Weimarer Republik gesehen werden, das als Warnung und Mahnung gilt, da diese an der Erosion der politischen Mitte gescheitert ist (Münkler 2014: 54). Aber auch die kontinuierliche Präsenz von Rechtsextremismus in Deutschland seit dem 2. Weltkrieg im Vergleich zu beispielsweise dem jüngeren Auftreten von gewaltbereitem Islamismus begründet diese Fokussierung.

Ab wann kann man von einer Radikalisierung der Gesellschaft sprechen? Gemäß dem hier angelegten Verständnis von Radikalisierung als einem Prozess ist weniger ein Zeitpunkt, denn ein Zeitraum für diese Frage entscheidend. Wird dabei der Fokus auf die Radikalisierung Einzelner, von Gruppen, Milieus oder Schichten gelegt, dann ist mit „Mitte“ selbstredend nicht „Mehrheit“ gemeint:

„Wenn extremistische Einstellungen mehrheitsfähig wären, müssten sie weit in die Gesellschaft reichen, könnten aber auch eine Mehrheit haben, ohne von der Mitte getragen zu werden“ (Neu/Pokorny 2015: 7).

Das Wahlverhalten könnte einen Hinweis auf einen Radikalisierungsprozess geben: Wenn, erstens, ein signifikanter Zuwachs von radikalisierten Stimmabgaben im Vergleich zu einer letzten Wahl vorliegen würde, und, zweitens, sich diese Stimmenabgabe völlig gleichmäßig geographisch und über die typischen sozialstrukturellen Kategorien wie Alter, Geschlecht, Schicht- und Klasse und so fort verteilen würde (Joppke in Decker/Joppke 2018). Neben einer solchen quantitativen Dominanz radikalisierter Positionen in einer Gesellschaft kann Radikalisierung aber auch dann entstehen, wenn sich Wertvorstellungen durchsetzen, die mit der herrschenden normativen Ordnung nicht in Einklang stehen. Eine Abkehr von herrschenden Normen – wie bspw. die Infragestellung der Pressefreiheit in Ungarn oder der Unabhängigkeit der Justiz in Polen – wäre folglich bezeichnend für eine Radikalisierung. Dafür, das zeigte auch der Blick in die historische Wahlforschung zum Aufstieg der Nationalsozialisten, bedarf es nicht, dass jeder Einzelne sich radikalisiert (Decker in Decker/Joppke 2018).

Die Rolle von Gewalt kann ebenfalls instruktiv sein, denn eine Zunahme von Gewalt könnte auf eine Normverschiebung, auf eine Abkehr von herrschenden Wertvorstellungen hinweisen. Auch wenn derzeit noch keine Hinweise auf eine organisierte Struktur im Hintergrund rassistischer Gewalt vorliegen, gibt es seit 2015 kontinuierlich Anschläge auf Asylunterkünfte und rechtsextrem motivierte Gewalttaten gegen Geflüchtete. Eine gemeinsame Zählung der Amadeu-Antonio-Stiftung und Pro Asyl verzeichnet seit 2013 insgesamt 6981 Angriffe auf Asylsuchende und ihre Unterkünfte, von denen 1156 tätliche Übergriffe (Körperverletzung) waren; 267 Brandanschläge auf Unterkünfte und 5558 sonstige Angriffe auf Unterkünfte (wie Stein-/ Böllerwürfe, Schüsse, rechte Schmierereien etc.). 831 Asylsuchende wurden durch Brandanschläge, tätliche Übergriffe etc. verletzt.<sup>3</sup> Werden zu den reinen Zahlen die Rechtfertigungen und entschuldigenden „Erklärungen“ der Gewalt, etwa von rechtspopu-

---

3 Diese Zahlen dokumentieren nur die Gewalt gegen Geflüchtete. Rassistisch motivierte Gewalt, die sich nicht gegen Geflüchtete richtet, wird nicht berücksichtigt. <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle/> (30.4.2018).

listischen Parteien wie die Alternative für Deutschland (AfD) oder von rechtsautoritären Bewegungen wie Pegida, genommen, dann kann der schleichende Verfall der Norm der Gewaltlosigkeit gesehen werden. Terroristische Vereinigungen wie der 2011 bekannt gewordene Nationalsozialistische Untergrund (NSU), aber auch Anschläge religiös begründeten Terrorismus (etwa auf den Berliner Weihnachtsmarkt 2016) verdeutlichen die Brisanz dieser Entwicklung.

Ein weiterer Hinweis auf die gesamtgesellschaftliche Radikalisierungswirkung von Einzelnen, Gruppen, Milieus oder Schichten kann in zunehmender politischer Polarisierung liegen (vgl. McCauley/Moskalenko 2011; della Porta/LaFree 2011; Schmid 2013: 18; Mucha 2017). Politische Polarisierung ist ein „Vorgang, bei dem eine Gegensätzlichkeit (zunehmend) hervortritt“ (Schmidt 2010: 601), wobei es sich nicht nur um *eine* Gegensätzlichkeit handeln muss. Polarisierung charakterisiert das Verhältnis von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Minderheiten und deren Umgang. Ein politisch polarisiertes Verhältnis von gesellschaftlichen Akteuren zueinander kann beispielsweise ein eher feindliches oder konfrontatives sein. Politische Polarisierung<sup>4</sup> wird vorwiegend durch die Analyse öffentlicher Meinungsbildung und des Parteienwettbewerbs erforscht (vgl. Down/Wilson 2010; Munzert/Bauer 2013). So nimmt die internationale Radikalisierungsliteratur an, dass sich Radikalisierung vorwiegend in polarisierenden Tendenzen der öffentlichen Meinung niederschlägt (McCauley/Moskalenko 2011: 259; Schmid 2013: 4). Dies erfolge beispielsweise dann, wenn rechtspopulistische Positionen zum Thema „Migration“ die Mitte der Gesellschaft polarisieren und mit einer abwertenden, feindlichen Darstellung von Flüchtenden den Gegenpol zu einer Zivilgesellschaft bilden, die sich in der Flüchtlingshilfe engagiert und offen für Vielfalt ist (Zick/Küpper 2015: 10). Oder wenn Betroffene Vergleiche anstellen, beispielsweise „zwischen dem, was der Staat für ‚die Flüchtlinge‘ und für ‚die Deutschen‘ tut“ (Zick 2016: 213), dann kann daraus die Wahrnehmung einer subjektiven Benachteiligung entstehen, die polarisiert. In der Regel sind solche Vergleiche allerdings weniger durch objektive Faktoren der Benachteiligung in der Gegenüberstellung zu anderen sozialen Gruppen motiviert. Vielmehr werden innerhalb der Sozialpsychologie mit der Sozialen Identitätstheorie, der Terror-Management-Theorie oder dem Autoritarismus auch subjektive Bedürfnisse (z. B. nach Anerkennung und Status) als Motivation zum sozialen Vergleich diskutiert (Endrikat et al. 2002; Greenberg et al. 1986).

Allerdings steht das demokratische Bekenntnis zu Pluralismus und dem Recht auf Opposition nicht notwendigerweise im Widerspruch zu einer polarisierenden politischen Auseinandersetzung. In repräsentativen Demokratien wie der deutschen „kann ein gewisses Maß an Polarisierung zwischen konkurrierenden Gruppen in ihrem Streben nach Erlangung demokratisch legitimer Macht geradezu als konstitutives Element dieses Systemtyps gelten“ (Helms 2017: 64). Polarisierung ist nicht per se negativ, aber demokratischer Zusammenhalt und demokratische Stabilität hängen auch davon ab, „wie trotz aller Divergenzen und Differenzen zwischen Gruppen, die Gleichwertigkeit insbesondere ihrer gesellschaftlichen Minderheiten gesichert und gestärkt wird“ (Zick 2016: 204). Zudem bemisst sich die Stabilität an der Wehrhaftigkeit der Demokratie gegenüber extremen Orientierungen, die sie zu bekämpfen oder zu ersetzen suchen.

---

4 Demgegenüber steht die soziale Dimension von Polarisierung, die sich als (ökonomisch bedingte) Segregation innerhalb einer Gesellschaft manifestiert, die von vielen an Einkommensungleichheiten festgemacht wird (vgl. Pfaller 2012).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Forschung nicht in Frage stellt, dass, erstens, die Radikalisierung einer Gesellschaft möglich ist, und dass, zweitens, die Radikalisierung Einzelner, von Gruppen, Milieus oder Schichten eine gesamtgesellschaftliche Radikalisierungswirkung haben kann (vgl. Decker/Joppke 2018). Das heißt zunächst, dass gesellschaftspolitisch relevante Veränderungen nicht als Einzelmomente, aber in der Summe dann zu gesellschaftlicher Radikalisierung und zu nachlassender gesellschaftlicher Kohäsion führen können, wenn ein relevanter Anteil der Gesellschaftsmitglieder diese Entwicklungen als krisenhaft wahrnimmt (vgl. Habermas 1973; Eatwell 2006). Gesellschaftliche Radikalisierung entsteht dabei in dem Maße, in dem die Legitimität des politischen Systems in Frage gestellt wird und eine Abkehr von herrschenden sozialen Normen im politischen Umgang, insbesondere eine Ablehnung von politischer Gewalt, stattfindet. Ab wann von einer radikalisierten Gesellschaft gesprochen werden kann, ist letztlich immer eine normative Frage, auf empirischer Ebene können aber polarisierte Situationen Prozesse der Radikalisierung anzeigen, da sie diese begünstigen.

### **3. FORSCHUNGSSTAND**

Wie beantwortet die Forschung die Frage nach dem gesamtgesellschaftlichen Radikalisierungspotenzial von radikalisierten Einzelnen, Gruppen, Schichten, Milieus? Welche Faktoren werden als begünstigend für Radikalisierung diskutiert? Radikalisierung zeichnet einen Prozess aus. Es werden in diesem Prozess gesellschaftliche Konzeptionen hegemonial, die nicht mit einer liberalen Demokratie in Deckung zu bringen sind. Innerhalb der politischen Auseinandersetzung hat sich für diese Positionen die Kennzeichnung als extremistisch durchgesetzt, auch wenn der Extremismus-Begriff mit Schwierigkeiten verbunden ist. So besteht zwar sprachlogisch eine politische Mitte als Schutzraum, und es gibt einen gleichermaßen davon abgegrenzten linken und rechten Extremismus. Aber allein die empirischen Befunde zeigen die Anfälligkeit für extrem-rechte Positionen in weiten Teilen dieser Mitte. Zudem ist es schwierig, Linksextremismus überhaupt zu definieren. Beides macht deutlich, dass der Extremismus-Begriff ungenügend ist. Trotzdem haben wir uns entschieden, in diesem Abschnitt einen Überblick über die Forschung zu politischem und religiösem Extremismus zu geben, da die Literatur vorwiegend mit diesem Begriff operiert. Wir haben den Begriff jedoch da, wo er deutlich unzulänglich ist, entsprechend differenziert. Unser Ziel ist es, die Frage nach der gesamtgesellschaftlichen Relevanz der verschiedenen Extremismen für die Radikalisierung einer Gesellschaft zu beantworten.

#### **3.1 ISLAMISMUS UND LINKSEXTREMISMUS**

Wie bereits erwähnt, sind Studien rar, die sich für die radikalisierende Wirkung auf die Gesellschaft interessieren, die von linksextremistischen oder islamistischen Individuen, Gruppen, Milieus und Schichten ausgeht. In diesem Abschnitt arbeiten wir den schmalen Stand der Forschung zum Islamismus, im folgenden Abschnitt den Stand zum Linksextremismus auf.

Kundnani (2012: 22) verweist darauf, dass Radikalisierung durch die Interaktion zwischen Staat und Individuum/Gruppe entsteht, weshalb ein kritischer Blick auf die Terrorismus- und Gewaltabwehr, die vor allem durch westliche Staaten erfolgt, in die Makro-Analyse aufgenommen werden muss. Ebenso zeigt die Studie von O'Duffy (2008), dass die Einstellungen junger Muslime zu britischer Außenpolitik in engem Zusammenhang mit gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Quellen der Unzufriedenheit stehen. Gemäß Ranstorp (2016: 4) ist Polarisierung ein „Push-Faktor“ für Radikalisierung. Am Beispiel französischer und deutscher islamistischer Terrorismusbekämpfung seit dem 11. September 2001 sieht Mucha (2017: 231) einen kausalen Zusammenhang zwischen Polarisierung und Radikalisierung: „Polarisierung und Stigmatisierung züchten Radikalisierung“. Polarisierung wird hier auch als begünstigender Faktor für Radikalisierung konzeptualisiert.

Deutlicher auf das Innere von Gesellschaften schaut die Forschung zur Rolle von Deprivation, Desintegration und sozioökonomischen Faktoren. Die Erklärungskraft von gesellschaftlichen Desintegrations- und Deprivationserscheinungen (durch Armut, Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Bildungsmangel) für Radikalisierung ist umstritten (Goli/Rezaei 2012; Maurer 2017; Heinke 2017). Unter den auf die Gesellschaft bezogenen Arbeiten finden sich theoretisch informierte empirische Studien wie die von Malthaner und Waldmann (2012), die das Konzept des „radikalen Milieus“ nutzen, um eine Brücke von der Gruppe zur Gesellschaft zu schlagen. Eine weitere Ausarbeitung bietet Hummel (2014) mit seinem Konzept des „informellen islamischen Milieus“. Eine solche Perspektive kann Radikalisierung „im sozialen Kontext“ (Hummel 2014: 222; Hervorhebung dort) analysieren. Derartige Versuche finden sich aber nur vereinzelt. Resümierend lässt sich festhalten, dass die gesellschaftliche Ebene in den Arbeiten zum Islamismus vor allem durch die Analyse von Push-Faktoren bedient wird. Polarisierende, islamfeindliche Diskurse werden eher als Ursache für radikalisierte Individuen und Kleingruppen in den Blick genommen, und es wird nicht nach der gesamtgesellschaftlichen Wirkung von islamistischen Gruppen oder Personen gefragt.

Demgegenüber gibt es einige wenige Studien zum Linksextremismus<sup>5</sup>, die dessen gesamtgesellschaftliche Relevanz adressieren (vgl. Pfahl-Traughber 2014, 2017; Bergsdorf/van Hüllen 2011; Deutz-Schroeder/Schroeder 2016; Schroeder/Deutz-Schroeder 2015). Dabei stellt sich die Frage, wann innerhalb des linken Spektrums die Grenze zum Extremismus als überschritten gilt. Ist die Anwendung von Gewalt das Unterscheidungskriterium oder ist es die Ablehnung der Demokratie oder sind es ideologische Unterschiede innerhalb des linken Spektrums? In der Literatur wird dies anhand von „gesellschaftlichem (bzw. sozialem) Linksextremismus“ (Pfahl-Traughber 2014: 11) diskutiert, der Resonanzboden für das Agieren linksextremer Gruppen sei und sowohl auf die Akzeptanz einschlägiger Mentalitäten in der Bevölkerung hinweist als auch mögliches Mobilisierungspotenzial enthält. Um die Akzeptanz linksextremer Einstellungen in der Gesellschaft jedoch zu analysieren, mangle es an einschlägigen, vor allem quantitativen Studien (Pfahl-Traughber 2014: 1). Die Studien von Schroeder und Deutz-Schroeder (2015; 2016) versuchen diese Lücke zu schließen. Auf der Basis einer – methodisch allerdings umstrittenen – Linksextremismus-Skala fragten sie Einstellungen ab, die bei 4% der Befragten ein nahezu geschlossenes und bei 13% ein „überwiegend linksextremes Welt- und Men-

---

5 Der Begriff „Linksextremismus“ wird stark problematisiert, da die Gefahr besteht, Einstellungen von Linksextremisten mit Linksdemokraten zu vermischen (vgl. Neu 2009; Teune 2018).

schenbild“ feststellten, während 17% Potenzial für linksextreme Einstellungen aufwiesen (Schroeder/Deutz-Schroeder 2015: 588). In der Bestimmung des Potenzials macht sich die von Autor und Autorin uneinheitliche Verwendung von Indexwerten als Problem bemerkbar; so werden unterschiedliche Zustimmungswerte der Probanden postuliert, um sie als linksextrem zu qualifizieren. Die Reichweite der Studie steht und fällt also mit der Schwierigkeit, die Vielfalt des linken Spektrums so auf einen Nenner zu bekommen, dass die quantitative Messung für makroanalytische Schlüsse über den Umfang linksextremistischer Einstellungen in der Gesamtbevölkerung ausreicht.<sup>6</sup>

Diese wenigen Studien halten fest, dass linke Radikalisierung zwar derzeit eine marginale Rolle spielt, radikalisierte Einstellungen des linken Spektrums aber Widerhall in der Bevölkerung finden, und zwar vor allem im politischen und gesellschaftlichen Diskurs. Beispielsweise positionieren sich weite Teile der Bevölkerung ebenfalls gegen Rassismus. Diese Ergebnisse müssen jedoch vor dem Hintergrund der problematischen Begriffsdefinition betrachtet werden. In den Bereichen „Linksextremismus“ und „Islamismus“ gibt es folglich keine oder wenige Arbeiten, die vergleichbar mit den Mitte-Studien gesamtgesellschaftliche Relevanz von extremistischen Einstellungen und so ihr gesellschaftliches Radikalisierungspotential analysieren.

### 3.2 RECHTSEXTREMISMUS

Es gibt eine lange Forschungstradition zum Rechtsextremismus in Deutschland. Hier findet sich der größte Umfang an makroanalytisch arbeitender Literatur. Im deutschen Raum hat sich die sogenannte „Konsensdefinition“ (Decker et al. 2013a; Kreis 2007: 5) durchgesetzt. Sie definiert rechtsextreme Einstellung als radikalisierte Ungleichwertigkeitsideologie, die sich in sechs Bereichen äußern kann: Befürwortung einer Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Auf dieser Grundlage wurde ein Fragebogen zur Messung der rechtsextremen Einstellung entwickelt (Decker et al. 2013a; Frindte et al. 2016: 52).<sup>7</sup> Die Studiengruppe um Oliver Decker und Elmar Brähler setzt diesen Fragebogen seit 2002 im Zweijahresrhythmus ein (Leipziger „Mitte“-Studien), um die Verbreitung der rechtsextremen Einstellung in Deutschland zu messen. Auf Grundlage der Kritischen Theorie wird als Hintergrundannahme ein auf der Ebene der Gesellschaft wirkender sekundärer Autoritarismus angenommen, der sich als autoritäre Aggression auf der Individualebene zeigt (Decker 2015). Sein Kennzeichen ist, dass die Identifikation mit Macht und Stärke nicht mit einer personellen Autorität („Führer“) erfolgt, sondern mit der einer „starken Wirtschaft“. Die Funktionsweise ist aber vergleichbar, sie kann, ähnlich dem Führer,

6 Nur ein Beispiel für die methodischen Schwierigkeiten: In der Befragung wurden Aussagen wie „[e]in tief verwurzelter Rassismus lässt sich im Alltag beobachten“ oder „Rechtsextremismus finden wir überall in der Gesellschaft und nicht nur in kleinen Randgruppen“ (Schroeder/Deutz-Schroeder 2015: 560) abgefragt, was zur Einschätzung des Linksextremismus in der Gesellschaft sehr problematisch ist. Auch hält das Autorenteam einerseits fest, dass die Konsistenz in der Linksextremismusskala teilweise fehlt (Deutz-Schröder/Schröder 2015: 582); andererseits bilden sie trotzdem einen Indexwert für die „Klassifizierung als linksextrem“ (Deutz-Schröder/Schröder 2015: 586).

7 Die Konsensdefinition schließt den Gewaltaspekt nicht ein, kann daher nur Aussagen über die Einstellungsebene des Rechtsextremismus treffen.



Unterwerfung fordern, entschädigt zwar mit der Identifikation mit der machtvollen Ökonomie für die eigene Unterwerfung, muss aber dennoch Ventile anbieten, wie die Abwertung anderer.

Ein verwandtes Konzept ist das Syndrom der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF). Es wurde von Bielefelder Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern (v.a. Wilhelm Heitmeyer) vorgelegt, um das Zustandekommen rechtsextremer Einstellungen auf Grundlage der sozialkognitiven Sozialpsychologie zu erklären. GMF gilt als „Kernelement rechtsextremer Einstellungen“ und bezeichnet „abwertende oder ausgrenzende Einstellungen gegenüber Menschen aufgrund ihrer zugewiesenen Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe“ (Küpper/Zick 2015), die auf einer fundamentalen Ideologie der Ungleichwertigkeit basiert. Eine Langzeitstudie (2002–2012) belegt, dass Variationen von GMF in der deutschen Bevölkerung weit verbreitet sind und etwa „80 Prozent der Befragten zu mindestens einem der Elemente Zustimmung signalisieren“ (Küpper/Zick 2015).

Zahlreiche Autorinnen und Autoren betonen die große Bedeutung der gesellschaftlichen Ebene, da rechtsextreme Strömungen historischen und sozialen Veränderungen unterliegen und in einen größeren gesellschaftlichen Rahmen eingebettet sind (vgl. Butterwegge 2006; Decker et al. 2013b). Beispielhaft lassen sich die Arbeiten von Heitmeyer (1992, 2002) nennen, der die Auswirkungen von gesellschaftlicher Modernisierung und zunehmender Individualisierung auf Prozesse der sozialen Desintegration untersucht hat. Einen ähnlichen Weg gehen die – allerdings umstrittenen – Studien, die in relativer Deprivation und/oder soziökonomischen Nachteilen beistehende Faktoren für rechtsextremistische Radikalisierung sehen (Winkler 2000; Stöss 2007; Steininger/Rotte 2009). Besonders stark hebt Butterwegge die Bedeutung der Gesellschaft hervor. Er argumentiert, Rechtsextremismus ist „von den jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht abzulösen“ (Butterwegge 2006: 16). Im Gegensatz zu vielen anderen ist für ihn Rechtsextremismus ein aus gesamtgesellschaftlichen Prozessen hervorgehendes Problem.

Mit der Studienreihe „Deutsche Zustände“ über GMF (2002–2011) untersuchen die Arbeiten des Leipziger Autorenteam um Decker (seit 2002, zuletzt 2016) sowie die Friedrich-Ebert-Stiftung (2006–2012 in Kooperation mit dem Leipziger Team, seit 2014 mit einem Team um Andreas Zick aus Bielefeld), ob in der Mitte der Gesellschaft populistische und/oder extremistische Ansichten vertreten werden. Annahme ist, dass die „Mitte“ [...] nicht der Schutzraum der Demokratie ist (Decker et al. 2016: 15), sondern es in ihr ein „Reservoir an menschenfeindlichen und rechtspopulistischen Ideologien [gibt], an die rechtspopulistische wie rechtsextremistische Milieus anknüpfen können“ (Zick/Küpper 2015). Mit „Mitte“ ist hier die politisch-ideologische Mitte gemeint. Die Ursachen dafür sind komplex und nicht monokausal. Dabei sehen die Vertreterinnen und Vertreter in GMF ein „Scharnier“, das extreme Meinungen mit der Mitte der Gesellschaft verbindet. Die Gefahr von GMF bestünde, so das Argument, in der Verbindung von Rechtsextremismus und vermeintlicher Normalität. GMF „verschiebt die Normalität, indem sie behauptet, Ungleichwertigkeit sei normal“ (Zick et al. 2016a: 81). Demgegenüber beschreiben die Autoren der Leipziger Studienreihe die gesellschaftliche Mitte selbst als fragil und schließen damit an das Konzept des Autoritären Charakters und des oben erwähnten Extremismus der Mitte von Lipset an (Decker et al. 2016). Eine wahrgenommene Bedrohung und politische Machtlosigkeit sowie eine Neigung zum Autoritarismus scheint eine relevante Rolle zu spielen (Decker 2015; Küpper/Zick 2015).

Ein intensiver Blick in die jüngste dieser Studien (Decker et al. 2016) lohnt, da sie den zeitgenössischen Zustand der deutschen Gesellschaft über einen längeren Zeitraum untersucht und so stellvertretend für die makro-orientierte Rechtsextremismusforschung stehen kann. Anhand soziodemographischer Kennziffern und mittels quantitativer Methoden werden die politischen Einstellungen von Bevölkerungsgruppen verglichen, die repräsentativ für die deutsche Gesamtbevölkerung sind. Um die Bevölkerungsgruppen – politische Milieus – zu berechnen, ziehen die Autoren die Daten der Leipziger Mitte-Studien aus den Jahren 2006 und 2016 heran. Drei Dimensionen dienen der Milieubeschreibung: (1) das politische Klima und die politische Einstellung ihrer Angehörigen (d. h. Diktaturbefürwortung, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, NS-Verharmlosung, Autoritarismus, Sexismus)<sup>8</sup>; (2) die politische Handlungsbereitschaft (Gewaltbereitschaft, Gewaltakzeptanz, Sonntagsfrage) und (3) die Legitimation des politischen Systems (im Sinne von Vertrauen in gesellschaftliche und Verfassungsinstitutionen). Der Vergleich zwischen den Daten aus 2006 und 2016 erlaubt es, mögliche Polarisierungen und Radikalisierungen im Abstand von zehn Jahren zu erfassen und so den Wandel sichtbar zu machen. Gruppen mit hohen Werten in allen Dimensionen des Rechtsextremismus-Fragebogens (Decker et al. 2013a) werden als *antidemokratisch-autoritäre Milieus*, Gruppen, die diese Aussagen ablehnen, dagegen als *demokratische Milieus* bezeichnet. Als dritte Milieu-Gruppe wird ein Cluster mit hoher Zustimmung zu Vorurteilen als *ressentimentgeladenes Milieu* zusammengefasst.

	2006 (N = 4.872)	2016 (N = 2.420)
Demokratische Milieus		
Modernes Milieu	23,3	30,6
Konformes Milieu	13,6	29,3
Vorurteilsgebundenes Milieu mit relativer Akzeptanz des bestehenden Systems		
Ressentimentgeladenes Milieu	21,5	14,1
Antidemokratisch-autoritäre Milieus		
Latent antisemitisch-autoritäres Milieu	17,5	8,4
Ethnozentrisch-autoritäres Milieu	12,8	10,3
Rebellisch-autoritäres Milieu	11,4	7,3

Tabelle 1: Politische Milieus in Deutschland in den Jahren 2006 und 2016 (Stärke in %).

Zum Modernen Milieu gehörten im Jahr 2006 23,3% (N = 1.116) und im Jahr 2016 30,6% (N = 725) der Bevölkerung; es war zu beiden Messungen das größte politische Milieu in Deutschland. Seine Angehörigen lehnen alle Aussagen des Rechtsextremismus-Fragebogens ab. Die Zustimmung zur Idee der Demokratie ist in diesem Milieu am höchsten (2006: 96,6%; 2016: 97,3%), und der Anteil der-

<sup>8</sup> Alle Aspekte können sowohl für die Studie aus 2006 als auch für jene aus 2016 beschrieben werden. Einige Aspekte wurden nur im Jahr 2016 und nicht im Jahr 2006 erhoben, doch fließen sie ebenfalls in die Beschreibung der politischen Einstellung in den Milieus ein. Dies betrifft die Verschwörungsmentalität, die eng an die autoritäre Orientierung geknüpft ist, aber auch die Islamfeindlichkeit, den Antiziganismus, die Abwertung von Homosexuellen sowie von Asylbewerbern und Asylbewerberinnen.

jenigen, die mit der Verfassung (2006: 82,6%; 2016: 88,1%) und der praktizierten Demokratie (2006: 56,6%; 2016: 69,1%) zufrieden sind, ist kräftig gestiegen. In keinem anderen politischen Milieu findet sich eine derart große Gruppe mit Vertrauen in die zentralen Institutionen des demokratischen Rechtsstaats, das über die Zeit noch gewachsen ist. Gewalt wurde in den Jahren 2006 und 2016 mit übergroßer Mehrheit abgelehnt. Die Islamfeindlichkeit ist mit 16,8% so niedrig wie in keinem anderen Milieu. Allerdings sind auch hier Vorurteile nachweisbar: Homosexuelle, Sinti und Roma werden ebenso abgewertet wie Asylsuchende. Trotzdem ist bezüglich der Einstellung der Mitglieder und der vorherrschenden politischen Norm dieses Milieu die Stütze der demokratisch verfassten Gesellschaft.

Demgegenüber stehen die antidemokratischen Milieus. Sie lassen sich für beide Zeitpunkte hinsichtlich dreier Merkmale unterteilen, die als Radikalisierungsfaktoren gelten können: erstens, starke Vorurteile (manifest/latent); zweitens, eine vergleichsweise große Bereitschaft zur autoritären Aggression und, drittens, ein besonders ausgeprägter Verlust an Vertrauen in das demokratische System. Beispielhaft sei hier kurz das kleinste Milieu, das rebellisch-autoritäre genannt. Im Jahr 2006 gehörten ihm 11,4% der Befragten (N = 547) an, im Jahr 2016 waren es 7,3% (N = 173). Hier herrscht ein ausgeprägtes rechtsextremes Klima vor, viele haben zudem sowohl im Jahr 2006 als auch im Jahr 2016 ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Das Klima in diesem Milieu ist auch 2016 stark rebellisch-autoritär. Dieser Typus scheint mit rebellischem Gestus Autoritäten infrage zu stellen, verachtet aber eine Führung, die er als schwach wahrnimmt (vgl. Adorno et al. 1950). Davon identifizieren sich 72,3% mit den Zielen von Organisationen wie Pegida, 41,8% würden mit Blick auf die Medien von „Lügenpresse“ sprechen. Das Frauenbild ist in diesem Milieu überwiegend sexistisch. Am stärksten verbreitet ist mit der Ausländerfeindlichkeit (76,9%) und dem Chauvinismus (73,4%) das ethnozentrische Denken. Die Islamfeindlichkeit ist ebenfalls stark ausgeprägt: 84,9% fühlen sich durch Muslime fremd im eigenen Land und, 91,4% wollen Muslimen die Zuwanderung generell verbieten; 90,2% gehen davon aus, dass Asylsuchende nicht wirklich verfolgt werden. Die Abwertung von Sinti und Roma sowie von Homosexuellen findet ebenfalls sehr hohe Zustimmung. Die politische Deprivation stieg in diesem Milieu zwischen 2006 und 2016 von 73% auf 78,8% an; gleichzeitig fehlt 2016 fast einem Viertel die Einbindung in ein soziales Umfeld. Die Angehörigen des rebellisch-autoritären Milieus fallen darüber hinaus durch hohe Gewaltaffinität auf. Ihre Bereitschaft, selbst Gewalt in politischen Auseinandersetzungen anzuwenden, war im Jahr 2006 im Vergleich zu den anderen Gruppen am deutlichsten ausgeprägt, die Gewaltbereitschaft ist allerdings im Jahr 2016 stark angestiegen. Den Verfassungsinstitutionen bringt dieses Milieu sehr geringes Vertrauen entgegen und die Legitimation des politischen Systems sowie die Akzeptanz der Demokratie sind am niedrigsten. Kein anderes Milieu hat einen so hohen Anteil an ausdrücklichen Befürwortern einer Diktatur wie dieses.

In der Gegenüberstellung der Jahre 2006 und 2016 wird im Ergebnis sichtbar, wie sich die Situation verändert hat. Waren 2006 noch mehr als 73% der Bevölkerung antidemokratischen Milieus zuzuordnen und nur 36,9% den demokratischen Milieus, hat sich das Verhältnis zehn Jahre später nahezu umgekehrt. 60% der Bevölkerung sind nun in demokratischen Milieus beheimatet, während die anderen Milieus heute nur noch 40% der Bevölkerung binden. Die demokratischen Milieus sind bis zum Jahr 2016 gewachsen und das politische System hat in ihnen massiv an Legitimation gewonnen. Demgegenüber hat das politische System in den antidemokratischen Milieus an Legitimation im gleichen Zeitraum noch einmal verloren. Insgesamt verkleinern sich demnach die antidemokra-

tischen Milieus, doch findet sich nun ein ausdrücklich gewaltbereites Milieu darunter, das sich zudem der Akzeptanz seiner Gewaltbereitschaft in den anderen autoritären Milieus sicher sein kann. Es ist eine soziale Normverschiebung zu erkennen.

In seiner Gesamtschau zeugt das Ergebnis der Studie von Decker, Kiess und Brähler von einer Stärkung der ideologischen Mitte, was positiv zu werten ist. Es lässt sich aber auch festhalten, dass modernen, demokratischen Milieus antidemokratische, autoritäre Milieus gegenüberstehen, von denen in letzteren klar rechtsextremistische Einstellungen vertreten werden. Dies macht den Legitimationsverlust des politischen Systems sichtbar, der bereits in den 1970er-Jahren beschrieben wurde (Habermas 1973) und der für die Radikalisierung einer Gesellschaft höchst bedeutsam ist. Nicht nur stellen Teile der Gesellschaft die Legitimität der herrschenden Ordnung in Frage und sind bereit, Gewalt für ihre Ziele zu akzeptieren oder anzuwenden; sondern aus dieser Offenheit für repressive, anti-plurale und diskriminierende Strukturen oder Handlungen und damit einhergehenden Normverschiebung(en) entwickeln sich auch Polarisierungen, durch die demokratische auf antidemokratische Milieus treffen. Jüngste Forschungen zu „Vigilantismus“ – gewalttätigen Handelns Einzelner oder Gruppen an Stelle des Staates, motiviert als Widerstand gegen den untätigen oder unfähigen Staat (vgl. Quent 2016) – geben Einsicht in die Folgen jener Offenheit und Polarisierung. Die Entstehung von Bürgerwehren (beispielsweise die „Gruppe Freital“) oder Einzeltaten (beispielsweise Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte) sind hier instruktiv, um die Konsequenzen (und damit das Radikalisierungspotenzial) von solch konfrontativen Polarisierungen in Deutschland aufzuzeigen und zu verdeutlichen, dass sie die Radikalisierung der Gesellschaft begünstigen.

Abschließend ist zu betonen, dass die komparative Betrachtung von Extremismen nicht als Gleichsetzung derselben zu werten ist (Pfahl-Traughber 2014: 16). Der Großteil der Literatur arbeitet das gesamtgesellschaftliche Radikalisierungspotenzial rechtsextremistischer Positionen in der deutschen Gesellschaft auf und weist auf eine gestärkte Mitte und verhärtete Ränder hin. Wie breit linksextremistische Themen in der Gesellschaft akzeptiert werden, hängt nicht nur von deren Begriffsdefinition ab, sondern es muss auch einkalkuliert werden, dass gesamtgesellschaftliche Themen wie beispielsweise die Positionierung gegen Rassismus durch Linksextremismus geteilt werden. Die gesellschaftliche Radikalisierungswirkung von islamistischen Individuen, Gruppen oder islamistischem Milieu ist noch nicht untersucht. Zumindest kann der Blick auf die drei Formen zeigen, dass Situationen politischer Polarisierung, die durch extremistische Positionen genährt werden, gesellschaftliche Radikalisierung begünstigen. Allerdings sind Vergleiche immer auch von Aufmerksamkeitskonjunkturen geprägt, abhängig von der zeitlichen Relevanz wechselnder Extremismen (bspw. durch öffentlichkeitswirksame Gewalttaten), und sie bergen die Gefahr der Relativierung bei gleichzeitiger Überhöhung radikalisierten Positionen. Es bedarf insofern der Schulung des komparativen Blicks, um aussagekräftige Ergebnisse für die Frage nach dem gesamtgesellschaftlichen Radikalisierungspotenzial von radikalisierten Gruppen, Milieus und Schichten zu erzielen.

## 4. FAKTOREN DER RADIKALISIERUNG EINER GESELLSCHAFT

Nachdem Abschnitt 2 konzeptualisierte, was unter der Radikalisierung einer Gesellschaft zu verstehen ist, und Abschnitt 3 den Forschungsstand mit Blick auf den politischen und den religiösen Extremismus erarbeitete, legen die beiden folgenden Abschnitte begünstigende Faktoren einer gesamtgesellschaftlichen Radikalisierung dar. Die internationale und nationale Radikalisierungsforschung nimmt in der Untersuchung von begünstigenden Faktoren starke Anlehnung an den *root causes* der Terrorismusforschung. Darunter fallen etwa Diskriminierungen, politische und ökonomische Marginalisierung, relative Deprivation, Eigengruppenaufwertung durch Fremdgruppenabwertung, ein polarisiertes Verhältnis zwischen Mehrheitsgesellschaft und ihren Minderheiten, und zwar vor allem mit Blick auf Diaspora-Gemeinschaften autoritäre Strukturen, die Veränderung der öffentlichen Meinung und Parteipolitik, problematisch erfahrene Globalisierungsprozesse oder die Ablehnung von Außenpolitik und westlicher Kultur im Falle religiöser Radikalisierungen.

In Abschnitt 3 wurden diese Faktoren bereits mit Blick auf das Entstehen der verschiedenen Extremismen angesprochen, beispielsweise als die Neigung zum Autoritarismus als Ursache für rechts-extremistische Einstellungen in der Bevölkerung. Abschnitt 4 weitet den Blick und diskutiert diese Faktoren im Kontext gesellschaftspolitischer Erscheinungen wie Populismus oder Antisemitismus, da nicht ein einzelner Faktor, sondern mehrere Faktoren die Radikalisierung von Gesellschaft begünstigen können. Es gilt deshalb, die in der Literatur diskutierten Faktoren darzulegen, die eine Radikalisierung der Gesellschaft bewirken. Das sind Faktoren, die eine Gesellschaft politisch polarisieren, sodass extremistische Individuen, Gruppen, Milieus und Schichten einer breiteren zivilgesellschaftlichen Gruppe feindlich gegenüberstehen. Dadurch spaltet sich eine Gesellschaft und soziale Kohäsion wird gefährdet.

In der Folge werden in der Kürze dieses Reports diese Faktoren dargestellt, die – in unterschiedlichem Maße – im Zusammenhang mit der gesamtgesellschaftlichen Relevanz von rechts- und links-extremistischen sowie islamistischen Einstellungen diskutiert werden: der Aufstieg des Populismus und populistischer Parteien sowie der öffentliche Umgang mit Migration und Islamfeindlichkeit, der Faktor einer Re-Nationalisierung/-Ethnisierung und die Veränderungen gesellschaftspolitischer Diskurse. Den Abschluss bildet der Antisemitismus, da dieser auf Parallelen zwischen den drei Extremismen und gesellschaftlichen Einstellungen verweist.

### 4.1 POPULISMUS DES 21. JAHRHUNDERTS

Das erfolgreiche Brexit-Referendum und der Sieg Donald Trumps im Jahr 2016 bei der Präsidentschaftswahl in den USA markieren den Durchbruch des Populismus in den westlichen Gesellschaften, der vor allem mit Parteien wie dem französischen Front National oder Bewegungen wie Pegida ein westeuropäisches Gesicht gewonnen hat. Das gesamtgesellschaftliche Radikalisierungspotenzial des Populismus wird vielleicht am eindringlichsten in der „Elefantenkurve“ des ehemaligen Weltbank Ökonomen Milanovic (2012) zum Ausdruck gebracht. Sie visualisiert in einem Strich die soziale Bedeutung der Globalisierung, ihre Gewinner und Verlierer und verweist auf die polarisierenden Ent-

wicklungen in den westlichen Gesellschaften. Die Kurve zeigt die Entwicklung des globalen Einkommenszuwachses von 1988 bis 2008: In den unteren bis mittleren Einkommensbereichen steigt sie zunächst stark an (was signifikanten Einkommenszuwachs anzeigt), fällt aber im oberen Bereich stark ab, um im allerobersten Bereich wieder enorm steil anzusteigen, d.i. der erhobene „Rüssel“ des Elefanten.

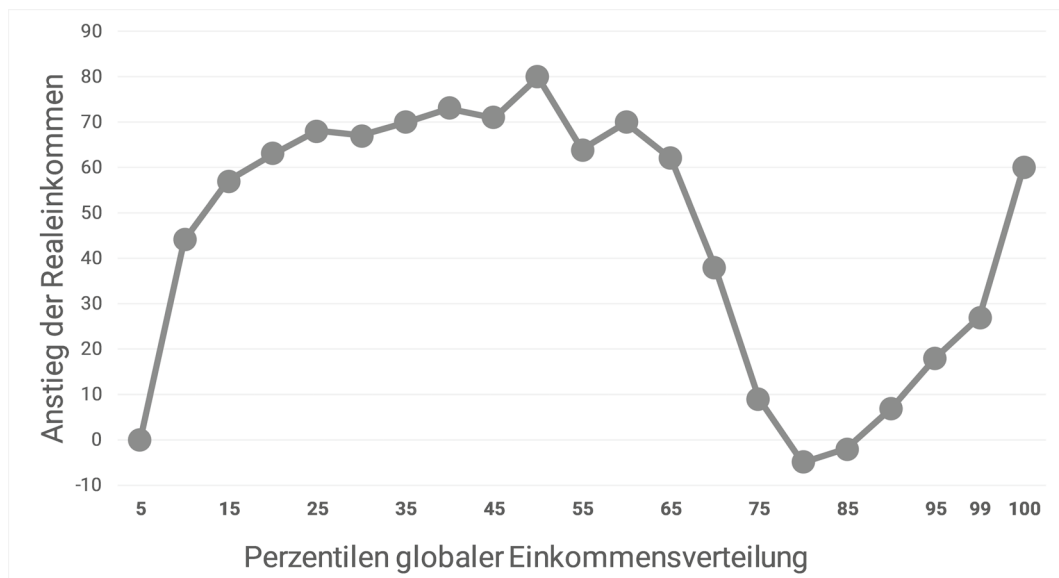


Abb. 1: Veränderung des realen Einkommens zwischen 1988 und 2008 auf verschiedenen Perzentilen der globalen Einkommensverteilung<sup>9</sup>

Drei zentrale Botschaften lassen sich herauslesen: Erstens, die ärmsten 5% der Weltbevölkerung, zahlenmäßig einige Milliarden Menschen, sind genauso arm wie vor der Globalisierung — dies sind die von der Globalisierung Ausgeschlossenen, vor allem in Afrika. Zweitens, mehr noch als die neuen Mittelschichten Chinas und Indiens, ist der eigentliche Gewinner der Globalisierung das reichste 1% der Weltbevölkerung, was immer noch 60 Millionen Menschen sind. Die dritte Botschaft der Kurve und die zentrale Erkenntnis für den Report ist schließlich, dass die eigentlichen Globalisierungsverlierer eine im globalen Maßstab noch als „obere Mittelschicht“ zu bezeichnende Gruppierung ist, die aber in den entwickelten OECD-Ländern höchstens als untere Mittelschicht und darunter rangiert. Ihr Einkommen hat in den letzten drei Jahrzehnten stagniert oder ist sogar geschrumpft. Sie bildet das Potenzial für populistische Bewegungen und Parteien, ohne dass sie als ökonomisch depriviert bezeichnet werden kann. Es ist möglich, die Erfahrungen in dieser Schicht als „negative Anerkennungsbilanzen“ zu charakterisieren (Endrikat et al. 2002) und dabei den weiten Anerkennungsbegriff von Honneth zugrunde zu legen. Nicht alleine ökonomische Faktoren, auch die Abwesenheit von zwischenmenschlicher Anerkennung, die Verweigerung von staatsbürgerlicher Anerkennung und der

9 Abbildung adaptiert von Milanovic (2012: 13).



Rückbau der sogenannten „industrial citizenship“ spielt in diese Bilanz mit hinein (Honneth 1992; Brinkmann/Nachtwey 2017).

Kurioserweise richtet sich der Zorn dieser Schicht nicht gegen das grotesk angewachsene Vermögen der Ultrareichen, sondern gegen Migranten und Immigranten als den sichtbarsten Ausdruck einer zunehmend internationalisierten und individualisierten Marktgesellschaft, welche den Menschen nicht länger das Maß an Sinn und Sicherheit zu bieten vermag, das ihnen einst der wohlfahrtsstaatliche Nationalstaat geboten hatte. Weiterhin richtet sich deren Zorn gegen die „liberalen Eliten“, die sich von Nation und Tradition abgewendet hätten oder sogar auf deren Abschaffung aus seien.

In der Literatur wird oft unterschieden zwischen ökonomischen und kulturellen Erklärungsansätzen der neuen populistischen Bewegungen. Inglehart und Norris (2016: 2) zum Beispiel unterscheiden zwischen „economic insecurity“ und „cultural backlash“ als Erklärungen für die wachsende Kraft von populistischen Rechtsparteien. Dies aber ist ein Scheingegensatz, da es sich beim Populismus eben nicht um eine ökonomische Klassenbewegung, sondern um eine imaginierte Volksbewegung handelt, die das vermeintliche Allgemeinwohl vertritt, in Wirklichkeit jedoch nur eine bestimmte Gruppe meint: zum Beispiel die Möglichkeit, „Deutsche (zu) sein und (zu) bleiben“ und die „traditionelle Familie als Leitbild“ zu erhalten, um aus dem Programm der AfD zu zitieren (2016: 6, 40).

Populismus ist mehr Form als Inhalt, es handelt sich um einen fungiblen Politikstil, der sowohl nach rechts als auch nach links ausschlagen kann, und der zur Auffüllung und Konkretisierung weiterer Inhalte bedarf. In West- und Ost-Europa ist typischerweise der Nationalismus Füllstoff (nicht aber im Linkspopulismus Südeuropas). Die nationalistische Variante des Populismus sieht diesen als Protest des „reinen Volks“ gegen eine „korrupte Elite“ (Mudde 2004). Dazu kommt die Vorstellung von einem „homogenen“ Volk, das sich in seiner Integrität heute zumeist durch Migration und Flüchtende bedroht sieht. Beides verschmilzt im nationalistischen Populismus, da es die volksabgewandten, „liberalen“ Eliten sind, die die vermeintliche Politik der offenen Grenzen und der unkontrollierten Einwanderung zu verantworten haben.

Vor diesem Hintergrund ist aus zwei Gründen zu erwarten, dass der Populismus in Deutschland eher geringere Erfolgsaussichten hat als in den Nachbarländern. Ein Grund ist die historische Delegitimierung von linken und rechten Extremparteien im Allgemeinen, und von nationalistischen Rechtsparteien im Besonderen. So bedurfte es der Flüchtlingskrise von 2015, um die zunächst um die 5%-Schwelle sich bewegende AfD auf den zweistelligen Wählerstand zu bringen, der dem europäischen Durchschnitt entspricht. Ein zweiter Grund ist die Tatsache, dass Deutschland die Finanzkrise von 2008 weit besser als seine Nachbarn überstanden hat. Damit soll die wirtschaftliche Entwicklung als ein den Populismus begünstigender Faktor nicht ausgenommen werden. Es gilt jedoch zu differenzieren, dass eher Menschen, die vom Abstieg (noch) nicht selbst betroffen sind, die aber in einem Umfeld von Arbeitslosigkeit oder wirtschaftlichem Niedergang leben, sich von (rechts-)populistischen Bewegungen in Deutschland angesprochen fühlen. Es handelt sich also eher um eine zukunftsbezogene Furcht oder Angst denn um einen akuten, tatsächlichen Missstand (Mau 2012; Mounk 2018).

Die Erwartung eines schwachen und moderaten Populismus-Potenzials in Deutschland wird durch die Datenlage bestätigt. Eine repräsentative Panel-Befragung der Bertelsmann-Stiftung (Vehrkamp/Wratil 2017) identifiziert zwar 29% der deutschen Wahlberechtigten als „populistisch“.<sup>10</sup> Dahinter verstecken sich aber zumeist moderate, keinesfalls radikal antidemokratische Einstellungen, die sonst gern dem nationalistischen Populismus zugeschrieben werden (vgl. Müller 2016). Zwar antwortet fast die Hälfte der als populistisch bezeichneten Befragten negativ auf die Frage nach ihrer Zufriedenheit mit dem „Funktionieren“ der Demokratie (bei den nicht-populistischen Befragten sind es nur 17%), 85% der Populisten aber stimmen dem „System“ der Demokratie zu (bei den übrigen sind es 93%) (Vehrkamp/Wratil 2017: 25). Daraus schließen die Autoren, dass es sich bei den deutschen Populisten um „enttäuschte Demokraten“, aber nicht um „Feinde“ der Demokratie handelt (Vehrkamp/Wratil 2017: 9). Eine aktuelle Studie des PEW-Forschungszentrums bestätigt den Befund eines niedrigen Populismus-Potenzials in Deutschland.<sup>11</sup>

Was die sozioökonomische Positionierung von Populisten im Allgemeinen und von AfD-Wählern im Besonderen betrifft, so bietet die Forschung ein uneinheitliches Bild. Die Bertelsmann-Studie bestätigt die geläufige These, dass es vor allem die von der Globalisierung „Abgehängten“ sind, die zu populistischen Einstellungen neigen: je geringer die formale Bildung und das Einkommen, desto populistischer die Einstellung (Vehrkamp/Wratil 2017: 17). Die These, dass AfD-Anhänger typischerweise der mittleren Einkommensgruppe angehören, aber sich disproportional ungerecht behandelt fühlen – es also um die Wahrnehmung von Ungerechtigkeit geht – wird bestätigt von Bergmann, Diermeier und Niehues (2017: 72), welche die AfD pointiert als Partei der sich „ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener“ bezeichnen. Hinzu kommt der Faktor der Nicht-Wähler, die nachgewiesenermaßen von großer Bedeutung für das gute Abschneiden der AfD bei der Bundestagswahl 2017 waren: Mit 12,6% wurde die AfD zur drittstärksten Partei im Bundestag. Nicht-Wählerinnen und Nicht-Wähler sind disproportional prekär (niedriges Einkommen, arbeitslos, bildungsfern). Fast ein Drittel der aktuellen AfD-Wähler haben im Jahr 2013 nicht gewählt. Kritische Stimmen verweisen jedoch darauf, dass nicht individuelle, sondern fraternal Deprivation<sup>12</sup> bzw. erwartete nationale ökonomische Verschlechterungen den Ausschlag für populistische Einstellungen geben (Lengfeld 2017; Decker et al. 2013c; Rippl/Baier 2005).

Aus international vergleichenden Studien (vgl. Kriesi/Pappas 2015; Mudde 2007) ist bekannt, dass zwei Themen die Agenda populistischer Rechtsparteien in Europa dominieren: einerseits Ablehnung der Europäischen Union, andererseits Ablehnung von Einwanderung. Auch dazu finden sich in der Bertelsmann-Studie vom europäischen Durchschnitt abweichende Resultate. Bestätigt wird vor allem die Ablehnung von Immigration, nicht aber die Ablehnung der EU. So stimmen fast 70% der deutschen Populisten der Mitgliedschaft Deutschlands in der EU zu (sonst fast 90%) (Vehrkamp/

10 Dabei wird „populistisch“ definiert als Zustimmung zu acht Positionen, die adäquat die horizontale („Anti-Establishment“) und vertikale („Anti-Pluralismus“) Achse des Populismus abbilden und auch die „Pro-Volkssouveränität“-Einstellung des Populismus einfangen.

11 <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2018/07/12/5-key-takeaways-about-populism-and-the-political-landscape-in-western-europe/>; 22.7.2018.

12 Fraternal Deprivation entsteht aus dem Vergleich der Eigengruppe mit einer relevanten Fremdgruppe.

Wratil 2017: 26). Das sieht beim Immigrations- bzw. Flüchtlingsthema anders aus. „Weniger Flüchtlinge“ war für die gesamte Wahlbevölkerung eine von drei zentralen Prioritäten im Wahlkampf im Jahr 2017. Trotzdem, so die Studie, ist bei Populisten, ähnlich wie bei Nicht-Populisten, die Hauptforderung ein kontrollierter Zuzug von Flüchtlingen. Das heißt, es handelt sich nicht um eine radikale Ablehnung der Flüchtlingsaufnahme.

## 4.2 POPULISTISCHE PARTEIEN, POLARISIERUNG UND RADIKALISIERUNG

Politische Polarisierung beschäftigt die Politikwissenschaft vor allem mit Blick auf Parteiensysteme sowie auf die polarisierenden Wirkungen auf der Ebene des Regierungssystems. Politikwissenschaftler haben die sich ideologisch einebnenden, zunehmend pragmatischen, vom Staatsapparat absorbierten Mehrheitsparteien der neoliberalen Welt als „Kartellparteien“ bezeichnet (Mair 2015). Als deren Fundamentalalternative haben sich populistische Extremparteien wie die AfD formiert.

Ihr Aufstieg wird häufig als Symptom der politischen Polarisierung in Deutschland betrachtet (Bergfeld/Fischer 2017; Hövermann/Groß 2016). Diese Einschätzung ist umstritten, da manche, zumindest bis vor kurzem, die AfD im europäischen Vergleich als eher moderate populistische Rechtspartei wahrnehmen. Tendenziell aber scheinen sich auch in der AfD rechtsextreme Positionen durchzusetzen, was ein kurzer Vergleich der Parteiprogramme von 2016 und 2017 zeigt. War das Parteiprogramm von 2016 noch zumeist moderat, so zeigt sich das aktuelle Parteiprogramm von 2017 entschieden rabiater: Hieß das erste Kapitel des alten AfD-Parteiprogramms (2016) noch „Demokratie und Grundwerte“, so zeigt seine Umbenennung im neuen Programm in „Verteidigung der Demokratie in Deutschland“ (AfD 2017: 6) die gestiegene Kampfbetonung. Die frontale Ablehnung der EU gehört zu den Neuheiten des 2017er Programms, was nach dem erfolgreichen Brexit-Referendum nicht überrascht (das 2016er Programm wurde vor dem Referendum verabschiedet). Im 2016er Programm enthielt das Kapitel über „Innere Sicherheit“ eher gewohnte Forderungen wie „Rechtsstaat stärken“ oder „Selbstverwaltung der Justiz ausbauen“. Das Nachfolgeprogramm lässt sich vor allem über die „wirksame Bekämpfung der Ausländerkriminalität“ (AfD 2017: 23) aus. Im Kapitel über Außen- und Sicherheitspolitik wird in beiden Programmen eine pro-russische Haltung eingenommen, womit sich die AfD in die populistische Internationale von Viktor Orban bis zu Marine Le Pen und Donald Trump einreicht.

In den AfD-Programmpositionen zu Familie und Kultur, sowohl in denen von 2016 als auch von 2017, bestätigt sich die Hypothese von Inglehart und Norris (2016), dass es sich beim westlichen Populismus um einen „kulturellen *backlash*“ gegen die „postmaterialistischen“ Werte des „kosmopolitischen Liberalismus“ handelt, der sich mit der Protestgeneration der späten 60er Jahre durchgesetzt hat. Die „traditionelle Familie“ wird „als Keimzelle der Gesellschaft“ (AfD 2016: 40) zelebriert. Dies erfolgt in Opposition zur Homosexuellenehe, und die feministische Einebnung der Geschlechterrollen wird abgelehnt (AfD 2016). Mit Blick auf Kultur ist die Rede vom „Trend zur Selbstabschaffung“ und bemerkenswert völkisch ist die Forderung nach „Erhaltung des eigenen Staatsvolks“ durch eine „nationale Bevölkerungspolitik“ (AfD 2017: 37). Es findet sich im Programm von 2016 wie auch von 2017 das Bekenntnis zur „deutschen Leitkultur“ (AfD 2017: 70) neben den populistischen Stan-

dard-Forderungen nach Burka- und Minarett-Verboten. Das 2017er Programm fällt durch eine noch frontaliere Ablehnung des „Islam“ als „große(r) Gefahr“ und als „nicht vereinbar“ mit der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ auf (AfD 2017: 33–35). Fand sich im 2016er Programm immerhin noch der liberale Satz, „Assimilation als weitestgehende Form der Integration ist zwar anzustreben, aber nicht erzwingbar“ (AfD 2016: 63), so steht im Programm von 2017: „Integration heißt nicht, dass Deutschland sich Muslimen anpasst. Integration heißt, dass die Muslime sich Deutschland anpassen“ (AfD 2017: 45). Eine ähnliche Verhärtung und rechtslastige Zuspitzung zeigen die Aussagen zu Asyl und Migration. Auch hier findet sich nichts mehr von dem, was vormals liberal klang. Erstmals ist im 2017er Programm davon die Rede, dass „Ausländer aus EU-Mitgliedsstaaten“ (AfD 2017: 62) erst nach vier Jahren Arbeitstätigkeit Zugang zum deutschen Sozialsystem erhalten sollten – die Brexit-Kampagne hat ihre Spuren hinterlassen.

Zweifelsohne lässt sich diese Entwicklung der AfD von 2016 zu 2017 als eine parteiprogrammatische Radikalisierung verstehen. Wenn man nach den Gründen dafür sucht, so wird man schnell fündig: Der internationale Erfolg der Populisten in Großbritannien und den USA in 2016 hat eindeutig die Position der rechtsextremen Kräfte in der AfD gestärkt. Es handelt sich aber auch um eine endogen-bedingte Polarisierung und Radikalisierung des politischen Diskurses nach dem überraschenden Durchbruch des westlichen Populismus im Nachgang zur Flüchtlingsbewegung im Jahr 2015 – eines historischen Ausnahmeereignisses, dem wohl massivsten internationalen Migrationsschub, den ein europäisches Land in den letzten 70 Jahren erfahren hat. Auch angesichts der Singularität dieses Ereignisses lässt sich vermuten, dass eine weitere Radikalisierung des Parteiendiskurses bald an seine Grenzen stoßen könnte. Es kommt auf den Umgang der übrigen Parteien mit der AfD an, inwieweit sich eine wachsende Offenheit für repressive, anti-plurale und diskriminierende Strukturen oder Handlungen verfestigen kann.

### **4.3 MIGRATION, ISLAMFEINDLICHKEIT UND DIE VERÄNDERUNG GESELLSCHAFTSPOLITISCHER DISKURSE**

Der Umgang mit Migration hat nicht nur eine Rolle beim Erstarken populistischer Parteien und des Populismus in Deutschland gespielt, er ist auch wichtig für die Frage nach dem Selbstbild, dem „wer sind wir?“ und „wer gehört dazu?“. Diese Identitätsdimension ist für die Makro-Ebene relevant, da sich hier die gesamtgesellschaftliche Wahrnehmung und Konstruktion von Fremdheit sowie Zugehörigkeit manifestiert. Polarisierung wird provoziert, wenn sich gerade im Nachgang der Wirtschaftskrise und durch Transnationalisierung vertiefende Bedrohungsängste vor Überfremdung, Ausgrenzungen und struktureller Diskriminierung in Deutschland verfestigen (Zick et al. 2011; Heitmeyer 2012a).

Diskursive Identitätskonstruktionen, die auf einem antagonistischen, feindlichen Verhältnis von gesellschaftlichen Gruppen aufbauen, also eine Gesellschaft polarisieren, können als begünstigender Faktor der Radikalisierung von Gesellschaft angesehen werden (vgl. Mason 2015; Suhay 2015). Unterstützung findet diese These des Zusammenhangs von Identitätskonstruktionen auch in Studien zur sozialen Kohäsion (vgl. Rapp 2016) und zur Rolle von sozialen Medien, da letztere im Extremfall zu einem Verlust der „common public sphere“ und damit zu isolierten, polarisierten und potenziell

feindlichen Gruppen führen können (Webster 2011; Holmes/McNeal 2016). Zarkov (2017: 199) nimmt an, dass Identitätskonstruktionen negative Meinungen über gesellschaftliche Gruppen implizieren, die nicht als Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft verstanden werden. Dies erfolge vor allem dann, wenn durch die diskursive Zuschreibung von Merkmalen ein Feindschaftsverhältnis zwischen „Wir“ und „Anderen“ etabliert werde. Derartige diffamierende Strategien der Polarisierung, durch die aus politischen Gegnern Feinde gemacht werden, sind typisch für (rechts)extremistische und (rechts)populistische Akteure und basieren letztlich auf der These einer „Ungleichwertigkeit von sozialen Gruppen“ (Küpper/Zick 2015; Wodak 2015b). Eine feindliche Gegenüberstellung von Fremdem und Eigenem kann gesamtgesellschaftliche Resonanz durch einen angstschaffenden, öffentlichen Diskurs (vgl. Bude 2014; Nagel 2016) erhalten und Polarisierung mit sich bringen.

Die konstruierten Grenzen nationaler Identität entfalten vor allem dann eine gesellschaftlich radikalisierte Kraft, wenn sie die Ungleichwertigkeit von Fremden postulieren, wie u.a. Klein (2014: 224) für Deutschland zeigt (vgl. auch Heitmeyer 2012b: 15). Dies gilt insbesondere für das Moment der Islamfeindlichkeit, für die Ablehnung von Asylsuchenden, Musliminnen und Muslimen, die laut zahlreicher Studien gestiegen ist. Zick et al. (2016b) zeigen, dass die Feindlichkeit rechtspopulistischer und rechtsextremer Gruppen gegenüber Migrantinnen und Migranten in der gesellschaftlichen Mitte ein Echo gefunden hat.

„Die negativen Einstellungen gegenüber Muslimen in der Mitte der Gesellschaft sind auch deshalb besorgniserregend, weil sie eng mit neurechten und rechtsextremen Orientierungen korrespondieren“ (Zick 2016: 207).

Und: Wenn 40% der Befragten der Ansicht sei, die deutsche „Gesellschaft würde durch den Islam unterwandert“, dann sei die Muslimfeindlichkeit zu „einem Verschwörungsmythos“ geworden (Zick 2016: 207). Darauf verweisen auch Decker, Kiess und Brähler (2016), wenn sie zeigen, dass die Islamfeindlichkeit vor allem in den antidemokratisch-autoritären Milieus stark ausgeprägt ist. Manche sprechen inzwischen von einer Normalisierung der Islamfeindlichkeit im öffentlichen Diskurs, die nicht zuletzt durch die Pegida-Bewegungen erfolgt (Bergfeld/Fischer 2017: 19).

Diese Entwicklung politischer und medialer Diskurse sowie der öffentlichen Meinung und das darin erkennbare Verhältnis unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen zueinander sowie die Aushandlungen von gesellschaftlichen Konflikten und die daraus fließenden Normverschiebungen haben vor allem diskursanalytische Studien in den Blick genommen. Deren Fokus liegt jedoch weniger auf Radikalisierung, sondern etwa auf der Konstruktion von Migration in öffentlichen Diskursen, auf der Analyse rechtspopulistischer Diskurse (Jäger 1998; Casula 2012; Wodak 2015b, 2015a; Kulturrevolution 2016) oder auf der Terrorismusabwehr. Dabei geht es in solchen Studien zum Terrorismus häufig um die Fragen, wie Polarisierungen durch die diskursive Formierung eines (neuen) Konsenses – der „Krieg gegen den Terrorismus“ – oder die (veränderte) Konstruktion einer Identität (beispielsweise die „Achse des Bösen“) entstehen und so Radikalisierung befördern. Diskursanalytische Studien zum Thema Migration und Integration etwa zeigen, dass die Definition, „wer zu ‚uns‘ darf, und wer nicht; was ‚uns‘ nützt und was nicht; wovor man Angst haben muss, und wovor nicht; wer an was schuld ist;

usw.“ (Wodak 2015a: 32) zu einer feindlichen Gegenüberstellung von Gruppen in einer Gesellschaft führen.

Die Folgen solch politisch polarisierter Situationen sind unterschiedlich, aber immer weitreichend. So können politische und soziale Handlungen möglich werden, beispielsweise wenn zu Zwecken der Terrorismusabwehr umfassende Einschränkungen in zivile Freiheiten gemacht werden, wodurch sich das Verhältnis Bürger-Staat verändert (vgl. Jackson 2005; McCauley/Moskalenko 2011; Herschinger 2011). Oder wenn gesellschaftliche Realitäten und Normen trotz Widerstand verändert werden, wie beispielsweise die Liberalisierung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften oder des Staatsbürgerrechts, die in Deutschland in 2001 und 2014 respektive erfolgten. Die Umstrittenheit von Diversität im öffentlichen Diskurs ist hier instruktiv. Kontrastiert die Debatte doch die Notwendigkeit von gesellschaftlicher Vielfalt in einer pluralen demokratischen Gesellschaft mit antipluralistischen Bewegungen, die ein „Ende der Toleranz“ aufzeigen (letzteres ließe sich als „Diversitätsstress“ (Mau 2016: 272), der Polarisierung verstärken kann, beschreiben).

#### **4.4 RE-NATIONALISIERUNG/RE-ETHNISIERUNG**

Ein weiterer wichtiger Faktor für die Radikalisierung der Gesellschaft ist die Re-Nationalisierung/Re-Ethnisierung, d. h. die Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen unter Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland (z. B. die Grauen Wölfe oder der Täter von München 2016, ein Deutsch-Iraner). In Deutschland geht eine solche Ethnisierung sozialer Konflikte mit der Zuspitzung sozialer Auseinandersetzungen, gesellschaftlicher Pluralisierungs- und Transformationsprozesse einher. Dabei werden vor allem ethnisch-kulturelle Gruppenzugehörigkeiten aktiviert, um Vorteile im sozialen und ökonomischen Verteilungskampf zu erzielen. Die Ethnisierung zeigt sich als „sozialer Exklusionsmechanismus“, der Migrantinnen und Migranten „negativ etikettiert“ und Privilegien einer dominanten Mehrheit perpetuiert (Butterwegge 2006: 186). Insbesondere im Zuge des Klimas wachsender Offenheit für repressive, anti-plurale, diskriminierende und verteilungsbezogene Strukturen und Handlungen zeigt sich unter den in Deutschland lebenden Gruppen – mit und ohne Migrationshintergrund – eine immer stärker werdende Re-Ethnisierung und Re-Nationalisierung, die sowohl Ergebnis von herkunftsbezogenen Radikalisierungsprozessen sind als auch eine Antwort auf Spaltungslinien und Exklusionsmechanismen der Aufnahmegesellschaft sein können.

Bislang wurden die (ultra-)nationalistischen Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund größtenteils ausgeblendet, lag die Problematisierung eines sogenannten „migrantischen Rassismus, (Rechts-)Nationalismus und Rechtsextremismus“ doch konträr zur rassismuskritischen Auseinandersetzung im gesellschaftspolitischen Diskurs, der „Migranten primär als Objekt und nicht als Subjekt von Diskriminierung und Ausgrenzung wahrnimmt“ (Stender 2008: 284). Zudem wird diese Subjektivierung „überlagert von einem mitunter äußerst aggressiv geführten muslimenfeindlichen Diskurs in Teilen der Medien, der Politik und auch der Wissenschaft“ (Stender 2008: 284).

Dennoch wird seit einigen Jahren sowohl in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung als auch in der Migrationsforschung diskutiert, ob eine spezifisch migrantische Form von Nationalismus



und Rassismus existiert (Stender 2008; Stender et al. 2010; Bozay/Borstel 2017), der sich auf nationalistische Überhöhungen und die Abwertung anderer Gruppen und Minoritäten stützt (Bozay 2017b: 57). Kemal Bozay (2017b: 126) spricht von einer neuen Form des „ethnischen Nationalismus“ angesichts ultranationalistischer und rassistischer Einstellungen der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund. Gerade diese Einstellungen fördern eine Offenheit für repressive, anti-plurale und demokratiefeindliche Einstellungen, da der „ethnische Nationalismus“ von der Ungleichwertigkeit der Menschen ausgeht. Es handelt sich um Einstellungen, die weder bildungs- oder milieu- noch vom Alter abhängig sind. Es zeigen sich aber geschlechtsbezogene Unterschiede: Frauen und Männer haben ähnlich radikalisierte Einstellungen im sozialen Bereich, politische Einstellungen treten verstärkt bei Männern auf (zumindest sprechen sie mehr darüber). Auch auf der Handlungsebene treten die Männer mehr in den Vordergrund (Ortner 2010: 167–168; vgl. auch Bozay 2017a, 2017b).

Ähnlich wie in der Radikalisierungsliteratur wird ein zentraler Faktor für die Re-Ethnisierung/Re-Nationalisierung in der Transnationalisierung gesehen. Denn die Tatsache, dass Deutschland von den innenpolitischen Konflikten der jeweiligen Herkunftsgesellschaften stark berührt wird und die dort ausgetragenen Auseinandersetzungen auch hierzulande zu Konflikten führen, zeigt sich gegenwärtig insbesondere in der außenpolitischen Dimension (beispielsweise Auseinandersetzungen um den Nahost-Konflikt, die Kurdenpolitik oder um türkisch-europäische Beziehungen). Je mehr sich die innenpolitischen Konfliktlinien in den Herkunftsgesellschaften zuspitzen, desto eher bilden sich auch innerhalb der Migrationsgesellschaft Spaltlinien, die zum Teil zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führen (Bozay 2017a; Jikell 2017). Diese Auseinandersetzungen zeigen einerseits, in welchem Maße gesellschaftliche und nationale Probleme hierzulande ethnisiert werden, und dass die Aktivitäten extrem rechter Individuen mit Migrationshintergrund auf die Herkunftsregion zielen (vgl. Ortner 2010; Bozay 2017a, 2017b; Tas 2017). Andererseits erklärt sich die Dynamik dieser Selbstethnisierung und Selbstabschottung auch durch ein (wahrgenommenes) rechtspopulistisches und muslimenfeindliches Klima in der Aufnahmegesellschaft. Es handelt sich also auch um einen gesellschaftlichen „Import“ von ethnischen Konflikten vom Herkunfts- in das Aufnahmeland (vgl. Brieden 1996: 17–19). Ein Ergebnis ist die Herausbildung einer großen Anzahl von ultranationalistischen Dachverbänden mit hohem Mobilisierungspotenzial. Der Einfluss dieser Netzwerke, die als Selbsthilfeorganisationen auf das soziale Leben gerade der türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten wirken, ist in den letzten Jahren enorm gestiegen. Ihr erstarktes Auftreten sowohl in der Türkei als auch in Deutschland ist dabei nicht unabhängig von der Entwicklung globaler Konfliktfelder zu sehen (Bozay 2017a; Arslan 2009). Die sich daraus entwickelnden Polarisierungen zwischen verschiedenen Gruppen und Schichten begünstigen die Radikalisierung der Gesellschaft.

#### 4.5 ANTISEMITISMUS

Ein Moment, das die drei hier betrachteten Extremismen teilen, ist eine antisemitistische Grundhaltung. Unter 3.2 wurde bereits dargelegt, dass der Antisemitismus Teil der Rechtsextremismusskala ist und das Klima des antidemokratisch-autoritären Milieus deutlich von Antisemitismus geprägt ist. Für Antisemitismus von linksextremistischer und islamistischer Seite ist die Position zum Nahostkonflikt instruktiv. Bei ersterer kommt es darauf an, welche Strömung des linken Spektrums in

den Blick genommen wird: Antiimperialisten verneinen das Existenzrecht Israels und kritisieren die israelische Außenpolitik als rassistisch (Ullrich 2015); linke Antideutsche kennzeichnet als „israel-solidarische Strömung“ eine vorbehaltlose Position dem Staat Israel und dem Judentum gegenüber (Kestler 2007: 52). Im Islamismus dient der Konflikt zur Konstruktion eines kollektiven Feindbildes „Israel“ und einer neuen muslimischen Kollektividentität. Das Feindbild vermittelt „Gemeinschaft und das Gefühl von Zugehörigkeit“ (Müller 2012: 65), das sich auf die Abwertung Israels bei gleichzeitiger Glorifizierung der eigenen muslimischen Gruppe konzentriert.

Einen gesamtgesellschaftlichen Bezug stellt die Studie von Mansel und Spaier (2013) her, die sich mit rassistischen, antisemitischen und demokratiefeindlichen Einstellungen von Jugendlichen (mit und ohne Migrationshintergrund) in Deutschland auseinandersetzt. Bei der Messung des „israelbezogenen Antisemitismus“ stimmten 41,5% der arabischen Jugendlichen dem Statement, „[d]urch die israelische Politik wurden mir die Juden unsympathischer“, zu, bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund waren es 2,9% (Mansel/Spaier 2013: 193).

Ein möglicher Faktor für die antisemitischen Einstellungen insbesondere bei der arabischen und türkeistämmigen Bevölkerung wird in der politischen und radikalen Auslegung des Islams gesehen. So propagieren islamistische Bewegungen wie islamistische Gruppen antisemitische Verschwörungstheorien und rufen zum „Kampf gegen die Juden“ (Müller 2012: 58) auf. Kiefer (2007: 72) spricht hier von einem „islamisierten Antisemitismus“, da der Antisemitismus in der arabischen Welt in erster Linie auch ein „Import aus Europa“ sei. Auch die Frage nach dem Antisemitismus unter Geflüchteten wird derzeit diskutiert. Eine aktuelle Studie ergibt „eine große Bandbreite von Einstellungen gegenüber Jüdinnen und Juden“ (Jikell 2017: 8). Grundlegend halten Mansel und Spaier (2013: 75) fest: Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen sind mit antisemitischen Einstellungen verzahnt, da gerade junge Menschen mit derartigen Erfahrungen empfänglicher für antisemitische Einstellungen sind.

Im Fazit unterstreicht der Forschungsstand, dass gesellschaftspolitisch relevante Veränderungen wie extremistische Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft, der Aufstieg der AfD und die Zunahme des Populismus, ein problematischer Umgang mit Migration, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus und ausgrenzende Konstruktionen deutscher Identität polarisieren. Politische Polarisierung begünstigt jedoch die Radikalisierung der Gesellschaft und führt zu nachlassender gesellschaftlicher Kohäsion, weil Polarisierung die feindliche Gegenüberstellung von extremistischen Individuen, Gruppen, Milieus oder Schichten zu Vertreterinnen und Vertretern nicht-radikalisierten Positionen bedeutet. Diese Gegenüberstellung begünstigt die Verhärtung der Positionen – gleich ob politisch oder religiös begründet. Problematisch ist dies, da radikale Einstellungen nicht nur den herrschenden Normen den Rücken kehren und eine Normverschiebung hin zu weniger Offenheit, Diversität und weniger Pluralität in einer Gesellschaft bewirken. Zudem steigt – wie die oben erwähnten Zahlen zur Gewalt gegen Flüchtlingsunterkünfte zeigen – die Bereitschaft zur Gewaltanwendung. In dieser Infragestellung der Legitimität der herrschenden Ordnung liegt die gesamtgesellschaftliche Radikalisierungswirkung von radikalisierten Individuen, Gruppen, Milieus oder Schichten.

Abschließend lohnt sich, dreierlei zu wiederholen. Erstens, die bestehende Forschung stellt nicht in Frage, dass die Radikalisierung einer Gesellschaft möglich ist. Zweitens, die Radikalisierung Einzelner, von Gruppen, Milieus oder Schichten hat gesamtgesellschaftliche Radikalisierungswirkung, weil sie Gesellschaften polarisiert – und das begünstigt die Radikalisierung der Gesellschaft. Gesellschaftliche Radikalisierung entsteht dabei in dem Maße, in dem die Legitimität des politischen Systems in Frage gestellt wird und eine Abkehr von herrschenden sozialen Normen im politischen Umgang, insbesondere in der Ablehnung von politischer Gewalt, stattfindet.

Hinsichtlich der aktuellen deutschen Situation hat, drittens, jedoch mit Blick auf die gesellschaftliche Akzeptanz von rechtsextremistischen Einstellungen die Studie von Decker, Kiess und Brähler Mut gemacht, weil sie eine Stärkung der ideologischen Mitte feststellt. Oder in anderen Worten:

„Die für die Bonner wie die Berliner Republik charakteristische Mitte-Orientierung der Deutschen ist sicherlich nicht in Stein gemeißelt, aber sie ist zu tief in den politischen Mentalitäten der Deutschen verankert, als dass sie in einer kürzeren Zeitspanne verschwinden würde“ (Münkler 2014: 54).

Darauf darf sich eine Gesellschaft angesichts aktueller Unsicherheiten und Extremismen zwar nicht ausruhen. es lohnt sich aber, sich diese Stärkung der Mitte zu vergegenwärtigen und angesichts mancher publizistischer Dramatisierung nicht zu leicht aus dem Blick zu verlieren.

## 5. FORSCHUNGSDESIDERATE

Es wurde bereits auf die Potenziale einer vergleichenden Radikalisierungsforschung hingewiesen, um zu konsolidierten Aussagen über das Verhältnis von Radikalisierungserscheinungen und gesellschaftlichen Veränderungen zu kommen. Anhand von Faktoren, wie beispielsweise des Antisemitismus, der nicht nur Teil extremistischer Ideologien ist, sondern sich auch durch die Gesellschaft zieht, kann der vergleichende Blick Einsichten liefern, wie genau sich Antisemitismus heute manifestiert, Mobilisierungspotenzial entfaltet und wie ihm begegnet werden kann.

Eine vergleichende Perspektive ermöglicht, zweitens, eine durchgängig komparative Analyse der Rolle des Staates als politischer Repräsentant von Gesellschaft. Inwieweit können staatliche Maßnahmen radikalierend auf (Teile der) Gesellschaft wirken? Das Moment der Ko-Radikalisierung durch den Staat als Verstärker von Radikalisierungspotenzial sollte nicht außer Acht gelassen werden. Dieser Punkt wird derzeit vor allem in der internationalen Radikalisierungsliteratur zu islamistischen Strömungen bearbeitet, sollte aber auf die anderen Extremismen und den deutschen Kontext erweitert werden.

Drittens könnte gerade das vergleichende Feld von der Idee profitieren, Gesellschaft auch als Kommunikation oder als Diskurs zu konzeptualisieren, wie es in wichtigen soziologischen Traditionen getan wird. Ein solches Gesellschaftsverständnis anlegend, könnte die Perspektive auf ein ge-

samtgesellschaftliches Radikalisierungspotenzial von der Dynamik zwischen der strukturellen und der individuellen oder gruppenspezifischen Ebene ausgehen, indem sie deren Interaktion stärker betont (vgl. Pisoiu 2013: 55–57).

## 6. HANDLUNGSOPTIONEN

Eine erste Handlungsoption liegt in der *Stärkung von gesellschaftlicher Resilienz*, vor allem durch politische oder kulturelle Bildungsarbeit. Es gilt, eine Balance zwischen Anerkennen und Abgrenzen herzustellen, weil es einerseits um Respekt gegenüber Religion und Herkunft, andererseits um Abgrenzung gegenüber allen Formen von Ungleichwertigkeit geht. Transkulturelle und antirassistische Bildungsarbeit bietet die Chance, wechselseitigen Zuschreibungen vorzubeugen und eine kritische Auseinandersetzung mit den Ungleichwertigkeitsvorstellungen in einer Einwanderungsgesellschaft zu führen. Politische Bildungsarbeit sollte Jugendliche und junge Menschen angesichts gesellschaftlicher Deutungskonflikte von deutscher Identität zur diversitätsreflexiven Identitätsarbeit befähigen. Das heißt, junge Menschen sollten lernen, Migration und Migrationshintergründe als Normalität zu betrachten und zu authentischen Lebenserzählungen und hybrider Identitätsgestaltung ermutigt werden. Dazu gehört es auch, Ambiguitätstoleranzen zu entwickeln, d. h. die Fähigkeit zu stärken, Differenz(en) auszuhalten, sich mit Differenz(en) auseinanderzusetzen, ohne stigmatisierende, diskriminierende und antiplurale Positionen zu postulieren.

Die zweite Handlungsoption lautet, nach einer *Depolarisierung der öffentlichen Debatte* zu streben. Dies kann durch einen Verzicht der strategischen Übernahme von politisch polarisierenden Parolen durch die Vertreterinnen und Vertreter von demokratischen Parteien vorangetrieben werden. Darüber hinaus kann dies auch durch einen sensiblen Umgang mit Bezeichnungen erreicht werden, die Polarisierung und Ausgrenzung Vorschub leisten können. Beispielsweise verweigern feindliche und stigmatisierende Gegenüberstellungen von *dem* Islam und *den* deutschen Musliminnen und Muslimen die Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft. Angstmacherei sollte mit einem modernen Konzept von gesellschaftlichem Zusammenhalt widersprochen werden, da eine sich der Vielfalt der Lebensformen anpassende Demokratie ein unverzichtbares Medium der Integration ist.

Eine dritte Handlungsoption fokussiert auf den *Umgang mit (rechts)populistischen Parteien*. Hier sollte das Ziel der politischen Arbeit die klare inhaltliche Abgrenzung und Distanzierung von (rechts) populistischen Parteien durch die Vertreterinnen und Vertreter der pluralen Gesellschaft sein, um die Grenzen des Sagbaren nicht weiter zu verschieben und den bereits erfolgten Normalisierungstrend zu stoppen. Sprechverbote sind zu vermeiden, da sie im Kern illiberal und kontraproduktiv sind.

Die vierte Handlungsoption sollte auf eine Förderung der *vergleichenden Forschung* zielen. So kann das Denken und Agieren in „extremistischen Konjunkturen“ (Beachtung von Extremismen ausschließlich gemäß aktueller Bedrohungslage) verhindert oder zumindest eingeeht werden.

- Abay Gaspar, Hande/Daase, Christopher/Deitelhoff, Nicole/Junk, Julian/Sold, Manjana* 2018: Was ist Radikalisierung? Präzisierungen eines umstrittenen Begriffs, PRIF Report 5/2018, Frankfurt a.M.
- Adorno, Theodor W./Frenkel-Brunswik, Else/Levinson, Daniel J./Sanford, R. Nevitt* 1950: *The Authoritarian Personality*, New York.
- AfD* 2016: Programm für Deutschland, Stuttgart.
- AfD* 2017: Programm für Deutschland, Köln.
- Arslan, Emre* 2009: Der Mythos der Nation im Transnationalen Raum. Türkische Graue Wölfe in Deutschland, Wiesbaden.
- Backes, Uwe* 2013: Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft? Paradoxie und triste Banalität eines Gemeinplatzes alarmistischer Zeitdiagnostik, in: Ministerium des Innern Brandenburg/Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.): *Rechtsextremismus zwischen „Mitte der Gesellschaft“ und Gegenkultur*. Tagungsband zur Fachtagung am 28. 1. 2013 in Dresden, Dresden, 33–50.
- Bergfeld, Mark/Fischer, Leandros* 2017: Challenges Ahead. Germany's Die Linke in Times of Polarization, in: *Transform Journal*: 2, 71–111.
- Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Niehues, Judith* 2017: Die AfD. Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener?, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 48: 1, 57–75.
- Bergsdorf, Harald/van Hüllen, Rudolf* 2011: *Linksextrem. Deutschlands unterschätzte Gefahr?*, Paderborn.
- Bozay, Kemal* 2017a: Islamfeindlichkeit und politischer Islamismus im Blickfeld der Ungleichwertigkeitsideologien, in: Bozay, Kemal/Borstel, Dierk (Hrsg.): *Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft*, Wiesbaden, 125–150.
- Bozay, Kemal* 2017b: Nation und Nationalismus als Kernideologien der Herrschaftsabsicherung, in: Bozay, Kemal/Borstel, Dierk (Hrsg.): *Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft*, Wiesbaden, 41–61.
- Bozay, Kemal/Borstel, Dierk* (Hrsg.) 2017: *Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft*, Wiesbaden.
- Brieden, Thomas* 1996: *Konfliktimport durch Immigration. Auswirkungen ethnischer Konflikte im Herkunftsland auf die Integrations- und Identitätsentwicklung von Immigranten in der Bundesrepublik Deutschland*, Hamburg.
- Brinkmann, Ulrich/Nachtwey, Oliver* (2017) *Postdemokratie und industrial citizenship: Erosionsprozesse von Demokratie und Mitbestimmung*, Weinheim.
- Bude, Heinz* 2014: *Gesellschaft der Angst*, Hamburg.
- Burnham, Walter D.* 1972: Political Immunization and Political Confessionalism. The United States and Weimar Germany, in: *The Journal of Interdisciplinary History* 3: 1, 1–30.
- Butterwegge, Christoph* 2006: Globalisierung, Neoliberalismus und Rechtsextremismus, in: Bathke, Peter/Spindler, Susanne (Hrsg.): *Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge, Widersprüche, Gegenstrategien*, Berlin, 15–33.
- Casula, Philipp* 2012: *Hegemonie und Populismus in Putins Russland*, Bielefeld.

- Decker, Oliver 2015: Narzisstische Plombe und sekundärer Autoritarismus, in: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.): Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus, Gießen, 21–34.
- Decker, Oliver/Hinz, Andreas/Geißler, Norman/Brähler, Elmar 2013a: Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung. Leipziger Form (FR-LF), in: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.): Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose, Gießen, 197–212.
- Decker, Oliver/Joppke, Christian 2018: Radikalisierung der Gesellschaft? Ein Streitgespräch, (PRIF-Blog), 17.5.2018, <https://blog.prif.org/2018/05/17/radikalisierung-der-gesellschaft-ein-streitgespraech/>; 27.5.2018.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.) 2013b: Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose, Gießen.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar 2016: Die enthemmte Mitte: Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger „Mitte“-Studie, Gießen.
- Decker, Oliver/Rothe, Katharina/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar 2013c: Economic Prosperity as “Narcissistic Filling”: A Missing Link Between Political Attitudes and Right-Wing Authoritarianism, in: International Journal of Conflict and Violence 7: 1, 135–149.
- della Porta, Donatella/LaFree, Gary 2011: Guest Editorial. Processes of Radicalization and De-Radicalization, in: International Journal of Conflict & Violence 6: 1, 4–10.
- Deutz-Schroeder, Monika/Schroeder, Klaus 2016: Linksextreme Einstellungen und Feindbilder. Befragungen, Statistiken und Analysen, Frankfurt a.M.
- Down, Ian/Wilson, Carole J. 2010: Opinion Polarization and Inter-Party Competition on Europe, in: European Union Politics 11: 1, 61–87.
- Eatwell, Roger 2006: Community Cohesion and Cumulative Extremism in Contemporary Britain, in: The Political Quarterly 77: 2, 204–216.
- Endrikat, Kirsten/Schaefer, Dagmar/Mansel, Jürgen/Heitmeyer, Wilhelm 2002: Soziale Desintegration. Die riskanten Folgen negativer Anerkennungsbilanzen, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 1, Frankfurt a.M., 37–58.
- Falter, Jürgen 1991: Hitlers Wähler, München.
- Frindte, Wolfgang/Geschke, Daniel/Haußecker, Nicole/Schmidtke, Franziska 2016: Kapitel 1: Ein systematisierender Überblick über Entwicklungslinien der Rechtsextremismusforschung von 1990 bis 2013, in: Frindte, Wolfgang/Geschke, Daniel/Haußecker, Nicole/Schmidtke, Franziska (Hrsg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden, 25–96.
- Geiger, Theodor 1930: Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde 7: 10, 637–654.
- Goli, Marco/Rezaei, Shahamak 2012: Radical Islamism and Migrant Integration in Denmark. An Empirical Inquiry, in: Journal of Strategic Security 4: 4, 81–114.
- Greenberg, Jef/Pyszczynski, Tom/Solomon, Sheldon 1986: The Causes and Consequences of the Need for Self-Esteem: A Terror Management Theory, in: Baumeister, Roy F. (Hrsg.): Public and private Self, New York, 189–212.

- Habermas, Jürgen* 1973: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt a.M.
- Hegghammer, Thomas* 2013: Signalling and Rebel Recruitment Tactics, in: *Journal of Peace Research* 50: 1, 3–16.
- Heinke, Daniel H.* 2017: The German Foreign Fighters in Syria and Iraq. The Updated Data and its Implications, in: *Combating Terrorism Center at West Point (CTC) Sentinel* 10: 3, 17–22.
- Heitmeyer, Wilhelm* 1992: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen, Weinheim/München.
- Heitmeyer, Wilhelm* 2002: Rechtsextremistische Gewalt, in: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hrsg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*, Wiesbaden, 501–546.
- Heitmeyer, Wilhelm* (Hrsg.) 2012a: *Deutsche Zustände*. Folge 10 (Band 10), Frankfurt a.M.
- Heitmeyer, Wilhelm* 2012b: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände*. Folge 10, Frankfurt a.M., 15–60.
- Helms, Ludger* 2017: Polarisierung in der Demokratie. Formen und Wirkungen, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 45: 3, 57–68.
- Herschinger, Eva* 2011: *Constructing Global Enemies. Hegemony and Identity in International Discourses on Terrorism and Drug Prohibition*, London.
- Holmes, Justin W./McNeal, Ramona S.* 2016: Social Media, Participation and Attitudes. Does Social Media Drive Polarization?, in: *Dezelan, Tomaz/Vobic, Igor* (Hrsg.): *(R)evolutionizing Political Communication Through Social Media*, Hershey, 1–21.
- Honneth, Axel* 1992: *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*, Frankfurt a.M.
- Hövermann, Andreas/Groß, Eva* 2016: Menschenfeindlicher und rechtsextremer – Die Veränderung der Einstellungen unter AfD-Sympathisanten zwischen 2014 und 2016, in: *Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela* (Hrsg.): *Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*, Bonn, 167–184.
- Hummel, Klaus* 2014: Das informelle islamische Milieu. Blackbox der Radikalisierungsforschung, in: *Hummel, Klaus/Logvinov, Michail* (Hrsg.): *Gefährliche Nähe. Salafismus und Dschihadismus in Deutschland*, Stuttgart, 219–260.
- Inglehart, Ronald/Norris, Pippa* 2016: Trump, Brexit, and the Rise of Populism. Economic Have-Nots and Cultural Backlash. Faculty Research Working Paper Series (HKS Working Paper, Nr. RWP 16–026), Cambridge.
- Jackson, Richard* 2005: *Writing the War on Terror. Language, Politics and Counter-Terrorism*, Manchester.
- Jäger, Siegfried* 1998: Über das Eindringen von Ideologemen des völkischen Nationalismus in den öffentlichen Diskurs, in: *Jäger, Siegfried/Kretschmer, Dirk/Cleve, Gabriele/Griese, Birgit* (Hrsg.): *Der Spuk ist nicht vorbei. Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart*, Duisburg, 11–25.
- Jesse, Eckhard* 2013: Mitte und Extremismus, in: *Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard* (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus und Demokratie*, Baden-Baden, 13–35.



- Jikell, Günther* 2017: Einstellungen von Geflüchteten aus Syrien und dem Irak zu Integration, Identität, Juden und Shoah. Ein Forschungsbericht im Auftrag des American Jewish Committee, Berlin.
- Kestler, Stefan* 2007: Antideutsche versus Antiimperialisten. Der Antisemitismusstreit innerhalb des deutschen Linksextremismus, in: Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Antisemitismus. Randerscheinung oder gesamtgesellschaftliches Problem?, Erfurt, 46–57.
- Kiefer, Michael* 2007: Islamischer oder islamistischer Antisemitismus?, in: Benz, Wolfgang/Wetzell, Julian (Hrsg.): Antisemitismus und radikaler Islamismus, Essen, 71–84.
- Kjøk, Åshild/Hegghammer, Thomas/Hansen, Annika/Knudson, Jørgen Kjetil* 2003: Restoring Peace or Provoking Terrorism? Exploring the Links Between Multilateral Military Intervention and International Terrorism (FFI/Rapport 2003/01547), Oslo.
- Klein, Michael* 2014: Die nationale Identität der Deutschen. Commitment, Grenzkonstruktionen und Werte zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Wiesbaden.
- Kreis, Joachim* 2007: Zur Messung von rechtsextremer Einstellung. Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien (Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum Nr. 12), Berlin.
- Kriesi, Hans-Peter/Pappas, Takis S.* (Hrsg.) 2015: Populism in the Shadow of the Great Recession, Colchester.
- Kulturrevolution* (Hrsg.) 2016: Populismus: Rechts, Links, Mitte? Nr. 72.
- Kundnani, Ari* 2012: Radicalisation. The Journey of a Concept, in: *Race & Class* 54: 2, 3–25.
- Küpper, Beate/Zick, Andreas* 2015: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/214192/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit>; 12.2.2018.
- Lantemann, Ernst-Dieter* 2016: Die radikalisierte Gesellschaft. Von der Logik des Fanatismus, München.
- Lengfeld, Holger* 2017: Die ‚Alternative für Deutschland‘. Eine Partei für Modernisierungsverlierer?, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 69: 2, 209–232.
- Lipset, Seymour M.* 1960: *Political Man. The Social Bases of Politics*, New York.
- Lipset, Seymour M.* 1967: Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte, in: Nolte, Ernst (Hrsg.): *Theorien über den Faschismus*, Köln, 449–491.
- Maaßen, Hans-Georg* 2016: Rede zum Europäischen Polizeikongress „Auswirkungen der irregulären Migration auf die Arbeit des BfV“ (24. Juni 2016).
- Mair, Peter* 2015: *Ruling the Void*, London.
- Malthaner, Stefan/Waldmann, Peter* 2012: *Radikale Milieus. Das soziale Umfeld terroristischer Gruppen*, Frankfurt a.M.
- Mansel, Jürgen/Spaiser, Viktoria* 2013: *Ausgrenzungsdynamiken. In welchen Lebenslagen Jugendliche Fremdgruppen abwerten*, Weinheim.
- Mason, Lillianna* 2015: „I Disrespectfully Agree“. The Differential Effects of Partisan Sorting on Social and Issue Polarization, in: *American Journal of Political Science* 59: 1, 128–145.
- Mau, Steffen* 2012: *Lebenschancen. Wohin driftet die Mittelschicht?*, Frankfurt a.M.



- Mau, Steffen* 2014: Die Mittelschicht – das unbekannte Wesen?, in: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte 64: 49, 3–10.
- Mau, Steffen* 2016: Die neuen Ungleichheitskonflikte. WSI Mitteilungen 8/2016.
- Maurer, Thomas* 2017: Die Pluralität der Radikalisierung. Eine systematische Analyse der Theorieansätze zur Radikalisierungsforschung, in: Journal for Deradicalization Winter 2017/18: 13, 49–99.
- McCauley, Clark R./Moskalenko, Sophia* 2011: Friction. How Radicalization Happens to Them and Us, Oxford.
- Midlarsky, Manus I.* 2011: Origins of Political Extremism. Mass Violence in the Twentieth Century and Beyond, Cambridge.
- Milanovic, Branko* 2012: Global Income Inequality by the Numbers, Washington, D.C.
- Mounk, Yascha* 2018: People against Democracy. Why our Freedom is in Danger and How to Save It, Cambridge, M.A.
- Mucha, Witold* 2017: Polarization, Stigmatization, Radicalization. Counterterrorism and Homeland Security in France and Germany, in: Journal for Deradicalization 2017: 10, 230–254.
- Mudde, Cas* 2004: The Populist Zeitgeist, in: Government and Opposition 29: 3, 541–563.
- Mudde, Cas* 2007: Populist Radical Right Parties in Europe, Cambridge.
- Müller, Jan-Werner* 2016: What Is Populism?, University Park, PA.
- Müller, Jochen* 2012: Zwischen Berlin und Beirut. Antisemitismus und die Rezeption des Nahostkonflikts durch Jugendliche arabischer und türkischer Herkunft, in: Gebhardt, Richard/Klein, Anne/Meier, Marcus (Hrsg.): Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft. Beiträge zur kritischen Bildungsarbeit, Weinheim, 57–69.
- Münkler, Herfried* 2014: Die Entstehung des Mitte-Paradigmas in Politik und Gesellschaft, in: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte 64: 49, 49–54.
- Munzert, Simon/Bauer, Paul C.* 2013: Political Depolarization in German Public Opinion. 1980–2010, in: Political Science and Research Methods 1: 1, 67–89.
- Nagel, Melanie* 2016: Polarisierung im politischen Diskurs. Eine Netzwerkanalyse zum Konflikt um „Stuttgart 21“, Wiesbaden.
- Neu, Viola* 2009: Rechts- und Linksextremismus in Deutschland. Wahlverhalten und Einstellungen, Berlin.
- Neu, Viola/Pokorny, Sabine* 2015: Ist „die Mitte“ rechtsextremistisch?, in: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte 65: 40, 3–8.
- Neumann, Peter* 2013: Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus, in: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte 63: 29–31, 3–10.
- O’Duffy, Brendan* 2008: Radical Atmosphere. Explaining Jihadist Radicalization in the UK, in: Political Science and Politics 41: 1, 37–42.
- Ortner, Martina* 2010: Heimatliebe, Nationalstolz und Rassismus. Einzelmeinungen oder Trend? Extrem rechte Weltanschauungen von MigrantInnen (in München), in: Migration und Soziale Arbeit 32: 3, 167–170.

- Pfahl-Traughber, Armin* 2014: Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden.
- Pfahl-Traughber, Armin* 2017: Der Erkenntnisgewinn der vergleichenden Extremismusforschung. Besonderheiten, Entwicklung, Prognosen und Ursachen, in: Altenhof, Ralf/Bunk, Sarah/Piepen-schneider, Melanie (Hrsg.): Politischer Extremismus im Vergleich. Beiträge zur politischen Bil-dung, Münster, 45–76.
- Pfaller, Alfred* 2012: Gesellschaftliche Polarisierung in Deutschland. Ein Überblick über die Fakten und die Hintergründe (WISO-Diskurs), Berlin.
- Pisoiu, Daniela* 2013: Theoretische Ansätze zur Erklärung individueller Radikalisierungsprozesse. Eine kritische Beurteilung und Überblick der Kontroversen, in: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur 1: 2013, 41–87.
- Quent, Matthias* 2016: Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät, Weinheim.
- Ranstorp, Magnus* 2016: The Root Causes of Violent Extremism (RAN Issue Paper).
- Rapp, Carolin* 2016: Moral opinion polarization and the erosion of trust, in: Social Science Research 56, 34–35.
- Rippl, Susanne/Baier, Dirk* 2005: Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 57: 4, 644–666.
- Schmid, Axel D.* 2013: Radicalisation, De-Radicalisation, Counter-Radicalisation. A Conceptual Dis-cussion and Literature Review (ICCT Research Paper), in: The International Centre for Counter-Terrorism – The Hague 4: 2, DOI: 10.19165/2013.1.02.
- Schmidt, Manfred G.* 2010: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart.
- Schroeder, Klaus/Deutz-Schroeder, Monika* 2015: Gegen Staat und Kapital. Linksextremismus in Deutschland. Eine empirische Studie, Frankfurt a.M.
- Steininger, Martin/Rotte, Ralph* 2009: Crime, Unemployment, and Xenophobia? An Ecological Analysis of Right-Wing Election Results in Hamburg, 1986–2005, in: Jahrbuch für Regionalwissenschaft 2009: 29, 29–63.
- Stender, Wolfram* 2008: Der Antisemitismusverdacht. Zur Diskussion über einen „migrantischen Anti-semitismus“ in Deutschland, in: Migration und Soziale Arbeit 30: 3, 284–290.
- Stender, Wolfram/Follert, Guido/Özdoğan, Mihri* 2010: Konstellationen des Antisemitismus. Antisemi-tismusforschung und sozialpädagogische Praxis, Wiesbaden.
- Stöss, Richard* 2007: Rechtsextremismus im Wandel, Berlin.
- Suhay, Elizabeth* 2015: Explaining Group Influence. The Role of Identity and Emotion in Political Con-formity and Polarization, in: Political Behavior 37: 1, 221–251.
- Tas, Savas* 2017: Die türkische Ülkücüs im transnationalen Raum. Ein Blick auf die historischen und ideologischen Grundlagen der Ülkücü-Bewegung und ihre Netzwerke in Deutschland, in: Fereidoo-ni, Karim/El, Meral (Hrsg.): Rassismuskritik und Widerstandsformen, Wiesbaden, 735–745.
- Teune, Simon* 2018: Warum wir nicht vom „Extremismus“ reden sollten, (PRIF Blog), 30.4.2018, <https://blog.prif.org/2018/04/30/warum-wir-nicht-vom-extremismus-reden-sollten/>; 27.5.2018.

- Ullrich, Peter 2015: Neuer Antisemitismus von links? Der Nahostkonflikt, Antizionismus, Antisemitismus und die Linke in Großbritannien und der BRD, Berlin.
- Vehrkamp, Robert/Wratil, Christopher 2017: Die Stunde der Populisten?, Gütersloh.
- Webster, James G. 2011: The Duality of Media. A Structural Theory of Public Attention, in: *Communication Theory* 21: 1, 43–66.
- Winkler, Jürgen 2000: Rechtsextremismus. Gegenstand – Erklärungsansätze – Grundprobleme, in: Schubarth, Wilfried (Hrsg.): *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Bonn, 38–68.
- Wodak, Ruth 2015a: „Normalisierung nach rechts“: Politischer Diskurs im Spannungsfeld von Neoliberalismus, Populismus und kritischer Öffentlichkeit, in: *Linguistik Online* 73: 4, 27–44.
- Wodak, Ruth 2015b: *The Politics of Fear: What Right-Wing Populist Discourses Mean.*, London.
- Zarkov, Dubravka 2017: Populism, Polarization and Social Justice Activism, in: *European Journal of Women's Studies* 24: 3, 197–201.
- Zick, Andreas 2016: Polarisierung und radikale Abwehr. Fragen an eine gesplante Gesellschaft und Leit motive politischer Bildung, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (Hrsg.): *Gesplante Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*, Bonn, 203–218.
- Zick, Andreas/Böckler, Nils 2015: Radikalisierung als Inszenierung. Vorschlag für eine Sicht auf den Prozess der extremistischen Radikalisierung und die Prävention, in: *Forum Kriminalprävention* 3, 6–16.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate 2015: Volkes Stimme? Rechtspopulistische Überzeugungen der Mitte, in: *APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte* 65: 40, 9–16
- Zick, Andreas/Krause, Daniela/Berghan, Wilhelm/Küpper, Beate 2016a: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2016, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (Hrsg.): *Gesplante Mitte. Feindselige Zustände Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*, Bonn, 33–81.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (Hrsg.) 2016b: *Gesplante Mitte. Feindselige Zustände Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*, Bonn.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate 2016: Rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen, in: Virchow, Fabian/Langeback, Martin/Häusler, Alexander (Hrsg.): *Handbuch Rechtsextremismus*, Wiesbaden, 83–113.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas 2011: *Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung*, Berlin.

## WEITERE TEXTE DER REPORTREIHE „GESELLSCHAFT EXTREM“

### Was ist Radikalisierung? Präzisierungen eines umstrittenen Begriffs (PRIF Report 5/2018)

Hande Abay Gaspar // Christopher Daase // Nicole Deitelhoff // Julian Junk // Manjana Sold

Radikalität und Radikalisierung werden heutzutage als zentrale Kennzeichen der globalen politischen Krise angesehen. Das täuscht darüber hinweg, wie ambivalent der Begriff ist. Dieser Report plädiert für ein weites Verständnis von Radikalisierung, um die ganze Bandbreite von Radikalisierungsphänomenen in den Blick nehmen zu können: von der Radikalisierung ohne Gewalt über die Radikalisierung in die Gewalt bis hin zur Radikalisierung in der Gewalt. Damit trägt er den verschiedenen Facetten des Radikalisierungsbegriffs stärker Rechnung, denn Radikalität kann politisch durchaus produktiv sein. Ein breiter Radikalisierungsbegriff verschließt sich weder der Kritik an Beschränkungen von Freiheitsrechten noch der Beförderung von Stigmatisierung und löst sich aus der scheinbar untrennbaren Verknüpfung mit unmittelbaren Gefährdungslagen. Er öffnet den diskursiven und regulativen Raum im Bereich der primären, sekundären und tertiären Prävention.

### Radikalisierung von Individuen: Ein Überblick über mögliche Erklärungsansätze (PRIF Report 6/2018)

Fabian Srowig // Viktoria Roth // Daniela PISOIU // Katharina Seewald // Andreas Zick

Warum radikalisieren sich Individuen? Dieser Report gibt einen systematischen Überblick über den Forschungsstand zu den Ursachen und Folgen der Radikalisierung von Individuen und beschreibt wie diese in Wechselwirkung und Interaktion mit anderen Personen, sozialen Gruppen sowie Organisationen oder Institutionen stattfinden. Die Aneignung extremistischer Denkmuster sowie die Zugehörigkeit zu einer extremistischen Gleichaltrigengruppe im Jugendalter helfen bei der Befriedigung allgemeiner Bedürfnisse wie Anerkennung und Gruppenzugehörigkeit, aber auch bei der Reduktion von Unsicherheiten und Identitätskonflikten. Ideologien bieten Individuen nachvollziehbare Deutungsmuster und individuelle Handlungsalternativen für spezifische Problemlagen an. Der Report leitet aus seinen Erkenntnissen Vorschläge für zukünftige präventive und therapeutische Maßnahmen ab.

### Brückennarrative: Verbindende Elemente für die Radikalisierung von Gruppen (PRIF Report 7/2018)

David Meiering // Aziz Dziri // Naika Foroutan (mit Simon Teune // Esther Lehnert // Marwan Abou-Taam)

Radikale Gruppen stellen nicht nur die Sicherheitsbehörden, sondern die gesamte Gesellschaft vor enorme Herausforderungen. Dieser Report arbeitet aus der bestehenden Forschung heraus, wie Radikalisierungsprozesse innerhalb und zwischen Gruppen ablaufen und welche Rolle derartige Gruppenprozesse im gesamtgesellschaftlichen Kontext spielen. Er fokussiert insbesondere auf die Schnittmengen bestimmter ideologischer Elemente unterschiedlicher radikaler Gruppen. Diese Gemeinsamkeiten werden im Report als Brückennarrative bezeichnet. Das erste dieser Narrative umfasst Anti-Imperialismus, Anti-Modernismus und Anti-Universalismus und hat als gemeinsamen Fluchtpunkt den Antisemitismus. Im zweiten Brückennarrativ, dem Antifeminismus, treffen sich völkische Nationalisten, christliche und islamische Fundamentalisten und islamistische Dschihadisten. Das dritte Brückennarrativ bildet die Vorstellung, im (legitimen) Widerstand zu handeln und dadurch Gewalt zu rechtfertigen. Der Report legt dar, wie wichtig es ist, diese Narrative in der Präventionsarbeit zu berücksichtigen, das heißt, Maßnahmen zu entwickeln, die das gemeinsame ideologische Muster verschiedener radikaler Gruppen ansprechen.

### **Herausforderung Deradikalisierung: Einsichten aus Wissenschaft und Praxis (PRIF Report 9/2018)**

*Till Baaken // Reiner Becker // Tore Bjørgo // Michael Kiefer // Judy Korn // Thomas Mücke // Maximilian Ruf // Dennis Walkenhorst*

Verglichen mit dem Themenkomplex „Radikalisierung“ wurde „Deradikalisierung“ in der Wissenschaft bisher eher zweitrangig behandelt. Dieser Report arbeitet systematisch die zentralen Erkenntnisse aus der theoretischen Literatur und aus der Deradikalisierungspraxis auf. Es zeigt sich, dass zentrale Akteure aus Praxis, Wissenschaft, (Sicherheits-)Behörden und Politik nicht nur unterschiedliche Definitionen verwenden, es herrscht auch keine Einigkeit darüber, was Deradikalisierung (praktisch) zu bedeuten hat. Hinzu kommt, dass die Trägerlandschaft der Extremismusprävention in Deutschland so divers ist wie das föderale System der Bundesrepublik. Das in Deutschland bestehende Hybridmodell aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Zuständigkeiten sowie die Vielfalt an Ansätzen und Profilen der Beratenden können, bei richtiger Akzentuierung, als Chance für die Arbeit gewertet werden. Der Report schließt mit entsprechenden Handlungsempfehlungen für Entscheidungsträgerinnen und -träger.

### **Die Rolle des Internets und sozialer Medien für Radikalisierung und Deradikalisierung (PRIF Report 10/2018)**

*Peter Neumann // Charlie Winter // Alexander Meleagrou-Hitchens // Magnus Ranstorp // Lorenzo Vidino*

Welche Rolle spielen die Möglichkeiten des Internets bei der Radikalisierung von Individuen und Gruppen? Dieser Report liefert eine Übersicht über die bestehende Forschung. Er geht der Frage nach, wie und warum extremistische Organisationen und Individuen das Internet verwenden. Darüber hinaus diskutiert er Möglichkeiten (und Grenzen), wie Online-Extremismus wirksam entgegengetreten werden kann. Es zeigt sich unter anderem, dass die Nutzung von Internetangeboten durch extremistische Gruppen oftmals eher laienhaft und herkömmlich ist. Dies sollte auch bei der Entwicklung von Gegenmaßnahmen beachtet werden. Reine Online-Gegenmaßnahmen stoßen an Grenzen, da Offline- und Online-Radikalisierung auf das engste verschränkt sind und nicht getrennt betrachtet werden können. Um der Struktur und den Nutzungsgewohnheiten des Internets gerecht zu werden, bedarf es einer engen Interaktion zwischen öffentlichen und privaten Akteuren in der Strategieentwicklung. Der öffentliche Sektor sollte hier Anreize setzen und muss die Konsequenzen von kritischen Maßnahmen im Bereich der Zensur gründlicher als bisher abwägen.

### **Evaluation in der Radikalisierungsprävention: Ansätze und Kontroversen (PRIF Report 11/2018)**

*Andreas Armbrorst // Janusz Biene // Marc Coester // Frank Greuel // Björn Milbradt // Inga Nehlsen*

Dieser Report nimmt das gesteigerte öffentliche Interesse an verschiedenen Maßnahmen und Ansätzen der Radikalisierungsprävention zum Ausgangspunkt einer Diskussion über Evaluation. Evaluationen helfen zu verstehen, wie die Prävention von Radikalisierung und Extremismus im gesellschaftlichen Kontext wirkt. Sie können damit wesentliche Anhaltspunkte für die häufig artikulierte Frage nach den sichtbaren Erfolgen von Prävention liefern. Gleichzeitig existieren in der Debatte um die sogenannte „evidenzbasierte“ Prävention teilweise überzogene Erwartungen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit und Durchführbarkeit von Wirkungsevaluationen. Das berechtigte Interesse an belastbaren Wirksamkeitsnachweisen stößt bei der Planung und Umsetzung von Evaluationsstudien im Bereich der Deradikalisierung, Distanzierung und Prävention von Radikalisierung auf beträchtliche Herausforderungen. Dieser Report geht auf einige dieser Schwierigkeiten ein und zeigt beispielhaft verschiedene Ansätze dafür, wie sich Evaluationen im Rahmen realistischer Möglichkeiten umsetzen lassen. Die Idee einer „evidenzbasierten“ Prävention kann nur dann funktionieren, wenn der Evaluationsforschung die Eigenheiten, Widersprüche und Kontroversen in Wissenschaft und Praxis bewusst sind und sie diese kritisch reflektiert.

**Alle Reporte der Reihe sind hier abrufbar: <https://gesellschaftstrem.hsfk.de/ergebnisse/prif-reports/>**



## PRIF REPORT

Die PRIF Reports analysieren Hintergründe politischer Ereignisse und Entwicklungen und präsentieren wissenschaftliche Forschungsergebnisse in Deutsch oder Englisch.

Kreuzer, Peter (2018): Dealing with China in the South China Sea: Duterte Changing Course, PRIF Report 3/2018, Frankfurt/M.

Peace Research Institute Frankfurt (2018): Coercion and Peace. PRIF's New Research Program, PRIF Report 2/2018, Frankfurt/M.

## PRIF REPORT



[www.hsfk.de/PRIF-Reports](http://www.hsfk.de/PRIF-Reports)

[www.hsfk.de/HSFK-Reports](http://www.hsfk.de/HSFK-Reports)

## PRIF SPOTLIGHT

Die PRIF Spotlights diskutieren aktuelle politische und gesellschaftliche Themen.

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (2018): Im Auftrag der Gerechtigkeit. Die Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2017 an Carla del Ponte, PRIF Spotlight 7/2018, Frankfurt/M.

Deitelhoff, Nicole/Dembinski, Matthias/Peters, Dirk (2018): Nach vorn, um nicht zurückzufallen. Deutsch-französische Initiativen zur Zukunft der EU-Außen- und Sicherheitspolitik, PRIF Spotlight 6/2018, Frankfurt/M.



[www.hsfk.de/PRIF-Spotlights](http://www.hsfk.de/PRIF-Spotlights)




## PRIF BLOG

Auf dem PRIF Blog erscheinen Beiträge zu aktuellen politischen Fragen und Debatten der Friedens- und Konfliktforschung. Die Blogbeiträge erscheinen in loser Folge in Deutsch oder Englisch.

## PRIF BLOG

PEACE RESEARCH INSTITUTE FRANKFURT | LEIBNIZ-INSTITUT FÜR FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG

<https://blog.prif.org/>

 [www.facebook.com/HSFK.PRIF](https://www.facebook.com/HSFK.PRIF)  
 [www.twitter.com/HSFK\\_PRIF](https://www.twitter.com/HSFK_PRIF)  
 <https://blog.prif.org/>

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung

# GESELLSCHAFT **EXTREM**

EVA HERSCHINGER // KEMAL BOZAY // OLIVER  
DECKER // MAGDALENA VON DRACHENFELS //  
CHRISTIAN JOPPKE  
(MIT KLARA SINHA)

## RADIKALISIERUNG DER GESELLSCHAFT? FORSCHUNGSPERSPEKTIVEN UND HANDLUNGSOPTIONEN

Welche Faktoren begünstigen eine gesamtgesellschaftliche Radikalisierung? Es gibt wenige Arbeiten in der internationalen und nationalen Radikalisierungsforschung, deren Interesse direkt auf die gesellschaftliche Ebene gerichtet ist, und die diskutieren, welche Wirkung radikalisierte Gruppen, Milieus und Schichten auf die Gesamtgesellschaft und ihre potenzielle Radikalisierung haben. Dieser Report arbeitet die aktuelle Forschung auf und diskutiert begünstigende Faktoren einer gesamtgesellschaftlichen Radikalisierung. Gesellschaftliche Radikalisierung entsteht in dem Maße, in dem die Legitimität des politischen Systems in Frage gestellt wird und eine Abkehr von herrschenden sozialen Normen im politischen Umgang, insbesondere eine Abkehr von der Ablehnung politischer Gewalt, stattfindet. Die Radikalisierung Einzelner, wie auch von Gruppen, Milieus oder Schichten kann gesamtgesellschaftliches Radikalisierungspotenzial bergen. Dabei können gesellschaftspolitische Veränderungen in Summe zu nachlassender gesellschaftlicher Kohäsion führen. Angesichts dieser Möglichkeit fordern die Autorinnen und Autoren gesellschaftliche Resilienz zu stärken sowie die öffentliche Debatte zu zivilisieren.